



Commune de BERTRANGE

BU ETIN

02/24



MISSION PERCUSSION | 18.05.2024

@ ArcA
Organisation: Just Music
Début: 20.00 heures

PIC-NIC MAM BETSY DENTZER | 19.05.2024

@Duerfgaart
Organisation: Bartrenger Kaméidi
Début: 11.00 – 13.00

SCHAUWEBUERGGEREIEN "BEST-OFF" | 19.05.2024

@ Maison Schauwenburg
Organisation: Bartrenger Kaméidi
Début: 19.00 heures

AGENDA

THE MEMORY OF VOICE PERFORMANCE & THE ASSEMBLY VR |

24.05 - 26.05.2024

@ Centre Atert
Tickets: www.luxembourgticket.lu

EXPOSITION NADIA SCHREINER |

24.05 - 09.06.2024

@ Maison Schauwenburg
Vernissage: 24.05.2024 à 19.00 heures
Exposition: 24.05-09.06.2024 tous les jours de 13.00 à 19.00 heures

NATURE FOR PEOPLE TRËPPELTOUR |

06.06.2024

@ Bëschparking tëschent Bartreng a Leideleng-Gare
Organisation: SICONA
Début: 18.00 heures
Inscription: administration@sicona.lu / 26 30 36 25





Commune de BERTRANGE



MAIRIE

COMMUNE DE BERTRANGE

10000 BERTRANGE

TEL: 02 47 82 10 10

FAX: 02 47 82 10 11

WWW.COMMUNE-DE-BERTRANGE.LU

10

BERICHT ÜBER DIE GEMEINDERATSSITZUNG

VOM 2. FEBRUAR 2024 UM 08.30 UHR

Anwesend:

DP

Monique SMIT-THIJS (Bürgermeister)
Youri DE SMET (Schöffe)
Frank DEMUYSER (Rat)
Marc LANG (Rat)
Max AREND (Rat)

CSV

Nadine SCHARES (Rätin)
Guy WEIRICH (Rat)
Marc RAUCHS (Rat)

déi gréng

Roger MILLER (Rat)

LSAP

Yolande SCHUSTER (Rätin)

Georges FRANCK (Gemeindesekretär)

Entschuldigt: Frank Colabianchi (Schöffe/DP, Stimmrechtsvertretung an Rat Lang für die Punkte 1, 3-8A, 9-10), Francine Moro (Rätin/DP, Stimmrechtsvertretung an Schöffe De Smet für die Punkte 1, 3-8A, 9-10), Gabriella Damjanovic (Rätin/déi gréng, Stimmrechtsvertretung an Rat Miller für die Punkte 1, 3-8A, 9-10)

Tagesordnung

In öffentlicher Sitzung:

01. | Genehmigung der Tagesordnung
02. | Informationen und Korrespondenz
03. | Projekte
 - A. Kostenvoranschlag bezüglich des bezahlbaren Wohnraums in der „Cité am Wenkel“: Genehmigung
 - B. Kostenvoranschlag bezüglich der Schaffung von Grünanlagen im Shared Space: Genehmigung
 - C. Zusätzlicher Kostenvoranschlag bezüglich der Sanierung des Kollektors „Aalbaach“: Genehmigung
 - D. Zusätzlicher Kostenvoranschlag bezüglich des Viertels Bureck und des „Duerfhaus“ und Abstimmung über einen Spezialkredit: Genehmigung
 - E. Kostenvoranschlag bezüglich der Instandsetzung der Landstrassen während des Haushalts 2024: Genehmigung
04. | Stadtplanung
 - A. Punktuelle Änderung des graphischen Teils des PAG „Villa Schwall“: Einleitung des Verfahrens
 - B. Punktuelle Änderung des schriftlichen Teils des PAG bezüglich der Spezialzone „Bourmicht“: Genehmigung
 - C. Punktuelle Änderung des PAP „Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen“: Genehmigung
 - D. Punktuelle Änderung des PAP „Zone d’activité intercommunale Bourmicht“: Genehmigung
05. | Verträge und notarielle Akte
 - A. Notarieller Akt bezüglich der unentgeltlichen Überlassung Renato Properties S.A.: Genehmigung
 - B. Konvention TTL Open A.s.b.l.: Genehmigung
06. | Verordnungen
 - A. Abschaffung der Gebühren bezüglich des Verkaufs von T-Shirts und Halstüchern des „Club Am Schlass“
 - B. Festlegung der Kosten-Verordnung für den Dienst „Essen auf Rädern“
 - C. Änderung der Verordnung bezüglich der Organisation des Dienstes „Essen auf Rädern“
 - D. Anpassung der Preise des Holzverkaufs
 - E. Änderung der Verordnung bezüglich der Einschreibengebühren für die Erwachsenenkurse
 - F. Anpassung der Gebührenverordnung bezüglich des Dienstes der Abfallentsorgung
 - G. Abschaffung der Verwaltungsgebühren
 - H. Änderung der Verordnung, die die Entgelte der Begleiter und Klassenlehrer bei Schulausflügen regelt
 - I. Abschaffung der Entschädigung für Begleitpersonal der Spielnachmittage
 - J. Änderung der Gebührenverordnung betreffend die Beteiligung der Eltern an Schulausflügen



- K. Änderung der Gebührenverordnung bezüglich des Verkaufs von Eintrittskarten des Kinos ArcA
- L. Änderung der kommunalen Verordnung bezüglich der Gebühren und Nutzungsgebühren für kommunale Räume und Einrichtungen
- M. Änderung der Verordnung bezüglich des Festival der jungen Talente BAYOTA
- 07. | Gerichtsverfahren
 - A. Genehmigung um vor Gericht zu gehen
- 08. | Beratende Kommissionen
 - A. Änderung der Zusammensetzung der Kommission der Bauten, der Stadtplanung und der kommunalen Gestaltung
 - B. Kommission der Bauten, der Stadtplanung und der kommunalen Gestaltung: Ernennung eines Experten
- 09. | Gemeindepersonal
 - A. Schaffung von Posten und Festlegung der Gehälter der schulischen Begleiter unter befristeten Verträgen
- 10. | Verkehr
 - A. Bestätigung von Notfall-Verkehrsregelungen

In öffentlicher Sitzung:

01. Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeister Smit-Thijs begrüßt die Gemeinderäte im Versammlungsraum der Gemeinde und fragt, ob diese die Tagesordnung genehmigen.

Der Gemeinderat genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

02. Informationen und Korrespondenz

Bürgermeister Smit-Thijs informiert die Gemeinderäte darüber, dass:

- die Statistiken des interkommunalen Schwimmbads CNI Les Thermes vorliegen. Das Schwimmbad habe 2023 rund 331.000 Besucher zählen können, dies seien im Schnitt 933 Kunden pro Tag. Mit diesen Zahlen befände man sich wieder in derselben Größenordnung wie vor der Pandemie. Auch der Saunabereich sei gut besucht, dies mit 60.000 Besuchern, was einem Tagesschnitt von 169 entspreche.
- die Statistiken des Rufbusdienstes Berti vorliegen. Mittlerweile bestehe dieser Dienst aus 2 Bussen und fahre auch das CHL an. 2023 sei dieser Dienst fast 10.000 Mal in Anspruch genommen worden und könne als großer Erfolg verbucht werden.
- ein weiterer Termin für eine Sitzung des Gemeinderates festgelegt worden sei, dies am 26. April 2024 um 8.30.

Die Einwohnerzahl beläuft sich auf den Tag auf 8.890 Personen.

Der Kassenstand beträgt 19 Millionen €.

03. Projekte

A. Kostenvoranschlag bezüglich des bezahlbaren Wohnraums in der „Cité am Wenkel“: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um den Kostenvoranschlag bezüglich des bezahlbaren Wohnraums in der Cité am Wenkel handle. Da sich Projekte in diesem Zusammenhang oft als schwierig gestalten, werde die Gemeinde aktiv und selbst zum Bauherrn. In einer Arbeitssitzung des Gemeinderats am 16. Januar 2024 sei das Projekt vorgestellt worden. Der Kostenvoranschlag belaufe sich auf 2,2 Millionen Euro inklusive Mehrwertsteuer von 17%. Zudem sei eine staatliche Subvention bestätigt worden.

Rätin Schares zeigt sich erfreut, dass die Gemeinde die Initiative ergreife. Gebe es Eckdaten, wann das Projekt starte?

Schöffe De Smet merkt an, dass man nach der Abstimmung des Kostenvoranschlags erst die Ausschreibung des Projekts vornehmen müsse und man mit einer Bauphase von 2 Jahren rechne. Es gebe daher noch kein konkretes Startdatum. Man wolle jedoch keine Zeit verlieren und noch dieses Jahr mit dem Bau beginnen.

Rat Rauchs wolle unterstreichen, dass ihm sowohl die Idee an sich wie auch das Projekt gefielen. Jedoch frage er sich, warum dieses Projekt nicht durch die Bauten Kommission gehe?

Schöffe De Smet merkt an, dass man das Projekt zu gegebener Zeit sehr wohl zwecks Erhalt der Baugenehmigung durch die Bauten Kommission geben werde, jedoch stimme man nun erst über den Kostenvoranschlag ab.

Rat Miller fragt nach, wie die Verwaltung vonstattengehen solle? Werde man diese Wohnungen intern vermieten und nach welchen Kriterien werde man dies tun?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass man dies intern mit dem neuen Wohnraum Verwaltungsdienst verwalten werde.

Schöffe De Smet ergänzt, dass man hier keinen großen Spielraum habe, man müsse die staatlichen Kriterien respektieren. Hier habe man auch schon eine Formel zwecks Mieterrechnung erhalten.

Rätin Schuster fragt nach, ob die bestehende Warteliste der Gemeinde ebenfalls in Betracht gezogen werde, da man auch in Bartringen selbst Bürger habe, die entweder eine schlechte Wohnsituation oder finanzielle Probleme hätten.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass man dies momentan noch nicht sagen könne. Man wisse noch nicht, ob man hier schon mit RENLA (Registre national du logement abordable) arbeiten müsse und was dies bedeuten werde.

Schöffe De Smet merkt an, dass man bei den beiden Wohnungen gelegen in der rue des Platanes die bestehende Liste zu Rate gezogen habe. Hier habe man die Antragsteller angeschrieben, die laut Zusammenstellung des Haushalts für eine Wohnung mit 2 Schlafzimmern in Frage kämen. Man werde nun sämtliche Informationen sammeln und sichten, um dann auf dieser Grundlage über den künftigen Mieter zu entscheiden.

Rätin Schuster fügt an, dass es wichtig sei, sich über die Typologie der benötigten Wohnungen im Klaren zu sein. Somit könne man effizienter helfen.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass man dies bereits tue.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

B. Kostenvoranschlag bezüglich der Schaffung von Grünanlagen im Shared Space: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass der Shared Space grüner werden solle, ohne dass man das Konzept jedoch ad absurdum führe. Man habe mit dem Landschaftsarchitekten Ernst&Partner zusammengearbeitet, um die Möglichkeiten auszuloten. Das Projekt mitsamt dem Kostenvoranschlag in Höhe von 270.000 Euro, inklusive Mehrwertsteuer, liege nun vor.

Rat Miller merkt an, dass seine Fraktion sich immer für zusätzliche Begrünung einsetze. Jedoch sei dieses Projekt mit einem Betrag von 270.000 Euro vollkommen überdimensioniert. Man habe in der Gemeinde einen Gärtnerdienst, hätte dieser dieses Projekt nicht umsetzen können? Und hätte man den Platz bei den Hühnern nicht auch zusätzlich begrünen können, eventuell auch in Form von mobilen Pflanzenkübeln?

Bürgermeister Smit-Thijs zeigt sich enttäuscht über die Aussage von Rat Miller. Es gebe nun mal bautechnische Einschränkungen und daher könne man nicht überall zusätzliche Begrünung nachrüsten. Auch das Konzept Shared Space solle nicht beeinträchtigt werden. Dieses Projekt sei in seinem Ausmaß auch keine Aufgabe für den kommunalen Gärtnerdienst gewesen.

Rätin Schares gibt an, dass sie prinzipiell für weitere Begrünung sei, man hier jedoch einem hohen Kostenbetrag gegenüberstehe. Ernst&Partner seien dieselben Architekten die den Shared Space konzipiert hätten und nun eben einige Anpassungen vornehmen würden. Könne man bei Projekten in dieser Größenordnung nicht einen 2. Kostenvoranschlag beantragen? Auch für



sie müsste der Platz bei den Hühnern weiter begrünt werden. Dieser sei in diesem Projekt nicht mitberücksichtigt worden.

Bürgermeister Smit-Thijs merkt an, dass man vonseiten der Opposition nur höre, dass man den Platz bei den Hühnern mit einbeziehen solle. Unter diesem liege ein Parkplatz, was die Möglichkeit einschränke. Da dieser Platz auch für Veranstaltungen genutzt werde, müsse man weiterhin flexibel in der Gestaltung bleiben. Diese werde man sicherlich noch weiter ausbauen. Gebe es sonst noch weitere konstruktive Vorschläge zur zusätzlichen Begrünung?

Rat Rauchs merkt an, dass man generell im Dorf weiter begrünen solle, eventuell auch mit Einbindung der Bürger. Dies sei auch ein Thema der letzten Sitzung des Klimapaktes gewesen. Man könne in jedem Viertel Bartringens Flächen zur zusätzlichen Begrünung ausfindig machen.

Bürgermeister Smit-Thijs entgegnet, dass dies sicherlich richtig sei. Auch ihre Fraktion stehe für die weitere Begrünung der Ortschaft. Was in der Sitzung des Klimapaktes diskutiert worden sei, werde auch weitergeführt. Sie weist noch einmal darauf hin, dass man beim vorliegenden Projekt Einschränkungen betreffend den Shared Space und die baulichen Begebenheiten berücksichtigt habe.

Rat Weirich fragt nach, ob er richtig verstanden habe, dass nach Durchführung des Projekts, Parken auf dem Place du Jumelage nicht mehr möglich sei? Zudem wolle er wissen, wie die Begrünung bei der Kirche aussehe.

Schöffe De Smet gibt an, dass nach den Umbauten nicht mehr zwischen den Pflanzenkübeln des Place du Jumelage geparkt werden könne. Die Begrünung vor der Kirche werde direkt in den Boden gesetzt.

Rätin Schuster schließt sich ihren Vorrednern an. Ein 2. Kostenvoranschlag sei immer hilfreich, da man die veranschlagte Summe besser vergleichen könne. In der jetzigen Situation sei dies schwierig. Auch der Platz bei den Hühnern solle in das Konzept mit inbegriffen werden. Ihre Fraktion habe den Platz bei den Hühnern schon in ihrem Wahlprogramm angesprochen. Sie sei sich bewusst, dass man hier Einschränkungen vorfinde und nicht alles möglich sei. Außerdem finde sie, dass die bereits vorhandenen Grünflächen aufgewertet werden könnten. Hier lasse sich bestimmt die ein oder andere Möglichkeit finden um den Platz optisch zu verbessern.

Bürgermeister Smit-Thijs merkt an, dass man auf Begrünung zurückgreifen werde, die sich zu diesem Zwecke eigne und das ganze Jahr über attraktiv sei. So wolle man auch Kräuter und Blumen mit einbinden.

Dieser Punkt wird mit 7 Ja-Stimmen (DP) und 6 Enthaltungen (CSV, déi gréng, LSAP) angenommen.

Rätin Schares bittet zwecks Erklärung noch einmal um das Wort. Prinzipiell sei man für die Begrünung, enthalte sich aber aufgrund dessen, dass nur ein Kostenvoranschlag vorliege und somit kein Vergleich möglich sei.

C. Zusätzlicher Kostenvoranschlag bezüglich der Sanierung des Kollektors „Aalbaach“: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es sich bei diesem Punkt der Tagesordnung um einen zusätzlichen Kostenvoranschlag bezüglich der Sanierung des Kollektors „Aalbaach“ handle. Am 6. April 2017 habe der Gemeinderat bereits einen Kostenvoranschlag in Höhe von 483.000 Euro, inklusive Mehrwertsteuer, zu diesem Zweck gestimmt. Hier seien zusätzliche Arbeiten durchgeführt worden, um das Projekt abschließen zu können. Zudem habe man seit 2017 auch einen Preisanstieg zu verzeichnen. Im Februar 2023

sei das Projekt dem Gemeinderat in einer Arbeitssitzung vorgestellt worden. So seien die drei Hauptachsen des Kollektors saniert worden, die anfallenden Kosten teilen sich die Gemeinden Bartringen und Strassen nach dem pro rata Prinzip. Der nun vorliegende, zusätzliche Kostenvoranschlag belaufe sich auf 600.000 Euro für bereits ausgeführte Arbeiten, da die Sanierung mittlerweile abgeschlossen sei.

Rätin Schares merkt an, dass es sich hier um notwendige Arbeiten handle, die durchgeführt werden müssten. Sie frage sich nur beim aufgelisteten Posten für die Kamera Befahrung, ob dies ein Sonderposten sei oder im Rahmen der kommunalen Kamerainspektion der Kanalisation vonstattengegangen sei.

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass dies durchgeführt werden musste, um sicher zu sein, dass die Ausführung möglich war. Es habe nichts mit der Kamerainspektion des kommunalen Kanalnetzes zu tun.

Rat Miller fragt nach, wie die pro rata Kostenaufteilung gerechnet werde, pro Kopf?

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass diese durch die Durchflussmenge ermittelt worden sei.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

D. Zusätzlicher Kostenvoranschlag bezüglich des Viertels Bureck und des „Duerfhaus“ und Abstimmung über einen Spezialkredit: Genehmigung



Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es sich hier um einen zusätzlichen Kostenvoranschlag bezüglich des Viertels Bureck und des „Duerfhaus“ handle. Am 4. Oktober 2019 habe der Gemeinderat den definitiven Kostenvoranschlag in Höhe von 7.183.033,63 Euro zwecks Neugestaltung des besagten Viertels durch das Architektenbüro angenommen. Schon zu diesem Zeitpunkt habe man vorgeschlagen, mehr finanzielle Reserven miteinzurechnen, dies sei jedoch vom Architektenbüro verworfen worden, genauso wie der Anreiz einen Projectmanager für dieses Projekt zu Rate zu ziehen. Am 7. Oktober 2022 habe der Gemeinderat schon einen zusätzlichen Kostenvoranschlag in Höhe von 1,7 Millionen Euro gestimmt. Man habe regelmäßig nachgefragt, wie der Stand der Dinge sei, ob man Preisanstiege zu verzeichnen habe, ob alles nach Plan laufe, jedoch habe man keine Rückmeldung erhalten. Zudem sei besagtes Architektenbüro auch schon zu einer Arbeitssitzung des Gemeinderats vorgeladen worden, dies im Oktober 2023, um

den Gemeinderäten Rede und Antwort zu stehen. Nun habe man, quasi aus heiterem Himmel, einen neuen Kostenvoranschlag in Höhe von 907.942,57 Euro, inklusive Mehrwertsteuer, erhalten. Man habe diese Summe auf 950.000 Euro aufgerundet, um allen Eventualitäten Rechnung zu tragen. Sie schlage vor, das Architektenbüro erneut in eine Arbeitssitzung vorzuladen, um diesen Preisanstieg zu belegen und zu erklären. Nun erhalte man den genannten Kostenvoranschlag, den man bezahlen müsse, da die Arbeiten von den verschiedenen Betrieben ausgeführt worden seien. Die Ausführung und Handhabung des Architektenbüros lasse stark zu wünschen übrig, was man auch in Gesprächen zum Ausdruck gebracht habe. Dies hätte jedoch zu keiner Änderung verholfen. So schlage der Schöffenrat vor, in der nächsten Arbeitssitzung des Gemeinderates im März 2024 das zuständige Büro noch einmal vorzuladen, um Stellung in dieser Sache zu beziehen. Es bestehe großer Klärungsbedarf. Allerdings werde man nicht umhinkommen, die vorliegenden Rechnungen zu bezahlen. Jedoch wolle man dies nicht einfach so hinnehmen. Man habe vermehrt auf Unstimmigkeiten hingewiesen, diese seien jedoch nicht wahrgenommen worden. Die ganze Sache sei umso enttäuschender, als dass es sich beim zuständigen Architektenbüro um ein in der Gemeinde ansässiges handele.

Auch Rätin Schares zeigt sich enttäuscht über die Art und Weise des Architekten. Die feierliche Eröffnung habe im Mai 2023 stattgefunden, im Oktober 2023 sei der Architekt in der Arbeitssitzung des Gemeinderates vorstellig gewesen, nun, 4 Monate später, sei die Anlage immer noch nicht nutzbar. Die lokalen Vereine hätten keine Zeitschiene an der sie sich orientieren könnten und warten sehnsüchtig darauf, die neuen Räumlichkeiten zu beziehen. Nun liege auch noch ein weiterer Kostenvoranschlag vor, der nicht mit dem einhergehe, was das zuständige Architektenbüro in der Sitzung gesagt habe. In besagter Arbeitssitzung habe man auch über die Preiserhöhung gesprochen und dass man aufgrund dessen noch einen Kostenvoranschlag einreichen müsse. Jedoch sei die, in diesem Zusammenhang, genannte Summe ein Drittel des nun vorliegenden Kostenvorschlags gewesen. In dieser kurzen Zeitspanne sei diese Verdreifachung nicht zu rechtfertigen. Sie verstehe die allgemeine Enttäuschung, man könne jedoch nicht verhindern, dass man die Rechnungen bezahlen müsse.

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass das Gebäude bezugsfertig sei, dies habe man am Vortag erfahren. Man werde nun die betroffenen Vereine informieren, dass diese ab dem 11. Februar 2024 umziehen könnten. Sie wolle noch einmal darauf hinweisen, dass man das Projekt keineswegs nicht begleitet habe. Man sei ständig in Kontakt gewesen, habe nachgefragt, jedoch seien die Antworten immer zuversichtlich und beschwichtigend gewesen.

Schöffe De Smet ergänzt, dass es nicht üblich und auch nicht die Art und Weise der DP sei, öffentlich in der Sitzung zu kritisieren. Jedoch lasse die Vorgehensweise des Architekten stark zu wünschen übrig. Die Haushaltsaufstellung sei im November 2023 gemacht worden und in diese sei der angegebene Betrag eingeflossen, jedoch habe man nicht mit der nun vorliegenden Summe gerechnet und somit stünde diese eigentlich auch nicht zu Verfügung.

Rätin Schuster fragt nach, was denn als Grund für diese Erhöhung der Rechnung genannt wurde? Hier erwarte sie, dass das Architektenbüro Erklärungen liefere, da es sich nicht um eine kleine Summe handele. Würde jeder so arbeiten, sei der Haushalt nicht einzuhalten. Solches Verhalten gefährde auch die Ausführung anderer Projekte.

Schöffe De Smet erklärt, dass die Rechnungen vorlägen, deshalb müsse man den Punkt nun schon im Gemeinderat abstimmen und könne nicht bis zur nächsten Sitzung warten. Die Betriebe seien auf das Geld angewiesen.

Rat Rauchs bedankt sich beim Schöffenrat für diese Erklärungen. Er frage sich, wie man die neuen Räumlichkeiten nutzen könne. Man habe in diesem Fall noch keine Verordnung gestimmt, die die Nutzung regle.

Schöffe De Smet erwidert, dass die Nutzung nicht für Privatpersonen gedacht sei, mit Ausnahme von zivilen Hochzeiten und Schließungen von Partnerschaften. Diese Verordnung habe man bereit 2023 im Gemeinderat gestimmt.

Rat Miller bemerkt, dass nicht viele Gemeinden eine Summe von 950.000 Euro stemmen könnten wie Bartringen. Man habe doch aber entsprechende Gesetzgebungen betreffend öffentliche Ausschreibungen. Es gebe Prozeduren, an die man sich halten müsse. Könne man hier rechtlich dagegen vorgehen?

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass dies vielleicht eine Möglichkeit sei. Jedoch wolle man zuerst das Gespräch suchen und dem Architektenbüro die Möglichkeit geben, sich zu erklären und zu rechtfertigen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

Der Gemeinderat nimmt den Spezialkredit in Höhe von 550.000 Euro einstimmig an.

E. Kostenvoranschlag bezüglich der Instandsetzung der Landstraßen während des Haushalts 2024: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs informiert, dass es sich bei diesem Punkt der Tagesordnung um die Instandsetzung der Landstraßen während des Haushalts 2024 handele. Diesbezüglich habe man einen Kostenvoranschlag der ASTA erhalten. Hier schlage der Houkiermert mit 25.000 Euro, der Zéiwelterwues und Luerenzscheierhaff mit 244.000 Euro zu Buche.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

04. Stadtplanung

A. Punktuelle Änderung des graphischen Teils des PAG „Villa Schwall“: Einleitung des Verfahrens

Schöffe De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um die Einleitung des Verfahrens zur punktuellen Änderung des graphischen Teils des PAG „Villa Schwall“ handele. Im Rahmen des kompetitiven Dialogs habe man festgelegt, dass das bestehende Restaurant der neuen Struktur weichen müsse. Man wolle aber ein Restaurant in diesem Viertel erhalten, daher habe man sich dazu entschlossen, die „Villa Schwall“ zu diesem Zweck umzufunktionieren. Um dies nach den Regeln der Kunst umzusetzen, müsse man diese aus einer BEP-1 Zone in eine Mix-v Zone umklassifizieren. Somit erziele man eine gerechte Nutzmischung und es könnten nebst einem Restaurant auch noch andere Dienste hier Platz finden, die den Bewohnern des Viertels „A Schwalls“ zugutekämen. Parallel werde man auch die Änderung des PAP „quartier existant“ vornehmen, um Kohärenz zu schaffen. Damit man die vorgeschriebenen Abstände des PAG einhalten könne, jedoch gleichzeitig die Möglichkeit zur Erweiterung habe, werde auch die Abgrenzung angepasst, sprich westlich und südlich 15 Meter von der Fassade, im Norden bis zur HAB-1 Zone seien es 21 Meter, im Osten bis zu BEP-2 Zone 15 Meter. Dies ermögliche eine gewisse Flexibilität, wohlwissend, dass man nicht viele Änderungen vornehmen werde, da das Gebäude kommunal geschützt sei. Man habe zudem im Oktober 2023 den Dispens der SUP (Strategische Umweltprüfung) beantragt. Die Stellungnahme des Umweltministeriums habe man am 15. Dezember 2023 erhalten. Hier werde bestätigt, dass es keine größere Beeinträchtigung für die Umwelt gebe. Zudem werde man, wie gesetzlich

vorgeschrieben, am 19. Februar 2024 um 18.30 eine Informationsversammlung für die Bürger im Rathaus abhalten.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

B. Punktuelle Änderung des schriftlichen Teils des PAG bezüglich der Spezialzone „Bourmicht“: Genehmigung

Schöffe De Smet führt aus, dass es sich hier um die punktuelle Änderung des schriftlichen Teils des PAG bezüglich der Spezialzone „Bourmicht“ handele. Am 6. Oktober 2023 habe man einstimmig das Verfahren eingeleitet. Hiermit könne man öffentliche Einrichtungen wie Restaurants, Kinderhorte, Hotels und Freizeitaktivitäten erlauben. Am 25. Januar 2024 habe man die Stellungnahme der commission d'aménagement erhalten. Diese beanstandet, dass genau festgelegt werden müsse, was auf welcher Parzelle möglich sei. Dieser Beanstandung wolle man jedoch nicht Rechnung tragen, da sich jede Parzelle zu den angeführten Erschließungen eigne. Vom 14. Oktober bis zum 13. November 2023 hätten die Bürger Einsicht in die Akte beantragen können. Man habe auch die vorgeschriebene Informationsversammlung am 24. Oktober 2023 abgehalten. Zudem habe man eine Publikation in den Zeitungen gemacht und im vorgeschriebenen Rahmen keine Reklamation erhalten.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

C. Punktuelle Änderung des PAP „Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen“: Genehmigung

Schöffe De Smet gibt an, dass die Punkte C. und D. gemeinsam abgehandelt werden sollen, da die Erklärungen dieselben seien. Man stimme jedoch separat ab. Es handele sich um 2 PAPs des Zonings in Bourmicht, zum einen um den „Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen“, zum anderen um die „Zone d'activité intercommunale Bourmicht“. Man habe die leichte Prozedur anvisiert, jedoch sei durch Einwände des Ministeriums die Prozedur an die cellule d'évaluation gegangen und somit in die normale Prozedur. Man habe Änderungen bezüglich des Stellplatzschlüssels so vorgenommen, dass diese sich auf geltenden PAG beziehen, nicht auf den PAP. Beide Texte wurden somit angepasst, da man eine Inkohärenz zwischen PAG und PAP gehabt habe. Diese werde nun behoben. Am 15. November 2023 habe man die Stellungnahme der cellule d'évaluation erhalten, die besagt, dass der PAP konform zum PAG sei. Die Punkte, die die cellule d'évaluation aufgeworfen habe, seien übernommen worden. Außerdem, seien im alten Text ausschließlich der Aufnahme wie Belüftung, Klimaanlage, Aufzug oder andere technische Räume auf Flachdächern möglich gewesen. Nun sei im Falle eines Flachdachs ein zurückversetztes Obergeschoss, dessen Fläche nicht mehr als 50% gegenüber dem Vollgeschoss betragen darf, möglich. Zusätzlich habe man auch streichen lassen, dass der Schöffenrat über die Fassadenfarbe entscheiden könne. Um einen harmonischen Übergang zwischen öffentlichen und privaten Flächen sicherzustellen, wurden die Bestimmungen hinsichtlich der Einfriedungen angepasst.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

D. Punktuelle Änderung des PAP „Zone d'activité intercommunale Bourmicht“: Genehmigung

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

05. Verträge und notarielle Akte

A. Notarieller Akt bezüglich der unentgeltlichen Überlassung Renato Properties S.A.: Genehmigung

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig einen notariellen Akt. Gegenstand des Aktes ist eine Parzelle von 2,99 Ar, gelegen in der „route de Longwy“, welche von der Firma Renato Properties S.A. unentgeltlich an die Gemeinde Bartringen abgetreten wird.

B. Konvention TTL Open A.s.b.l.: Genehmigung

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass es sich hier um die Konvention mit der TTL Open A.s.b.l. handele. Mittlerweile sei es die 10. Ausgabe. Jedes Jahr sei es ein grosser Erfolg und eine ansprechende Veranstaltung gewesen. Bedingt durch die Pandemie und die Sanierungsarbeiten der Sporthalle des Centre Atert gebe es eine Lücke zwischen den Ausgaben 9 und 10. Man freue sich, dass diese nun am 8. Februar 2024 im Centre Atert stattfinde. Zudem habe man 26 Eintrittstickets erhalten, die man mittels Gewinnspiel an Bartringer Bürger verlosen werde. Wie auch in den Jahren zuvor, seien es die lokalen Indoorvereine, die den Ausschank am Tresen übernehmen würden. Dies sei eine willkommene finanzielle Unterstützung. Jedes Jahr habe die TTL Open A.s.b.l. die Mietkosten übernommen. Da es sich in diesem Jahr um die Jubiläumsausgabe handele, wolle man hier eine finanzielle Unterstützung zukommen lassen.

Rat Miller merkt an, dass die Veranstaltung TTL Open in Bartringen bekannt sei. Dass man nach 10 Jahren eine finanzielle Unterstützung geben wolle, könne er nachvollziehen. 50.000 Euro sei jedoch eine beträchtliche Summe, wie sei diese zustande gekommen? Wenn man sonst Vereine unterstütze, seien die Beträge wesentlich übersichtlicher, sprich 5.000 Euro oder weniger.

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass die Summe zustande gekommen sei, da jedes Jahr die Saalmiete bezahlt wurde und man etwas zurückgeben wolle, das in etwa an die bereits getätigten Investitionen an die Gemeinde herankomme.

Rätin Schares fragt nach, ob die Gemeinde diese Veranstaltung jedes Jahr finanziell unterstützt habe. Diese Antwort habe Bürgermeister Smit-Thijs bereits gegeben. Sei dies nun die letzte Ausgabe dieser Veranstaltung oder werde diese auch die kommenden Jahre ausgetragen. Gebe es noch andere Ausgaben, die auf die Gemeinde zurückfielen? So zum Beispiel erhielten die Indoorvereine ja auch eine Aufwandsentschädigung.

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass sie sich vorstellen könnte, dass es sich um die letzte Ausgabe dieses Turniers handele. Ansonsten habe die Gemeinde keine Ausgaben. Alles werde von der TTL Open A.s.b.l. finanziert.

Rat Rauchs entgegnet, dass nicht nur die Summe sehr hoch sei, diese Veranstaltung bringe auch Einschränkungen mit sich, sei es für die Bürger in Bezug auf die Parkplätze oder die Vereine, die die Sporthalle über eine Woche nicht nutzen könnten.

Bürgermeister Smit-Thijs stellt klar, dass es sich hier um eine einmalige Unterstützung handele.

Rätin Schuster merkt an, dass es sich um eine hohe Summe handele. Für die Einwohner und die Vereine bringe das Turnier einige Einschränkungen mit sich. Sie begrüsst die abgegebenen Erklärungen betreffend die Einnahmen und die finanzielle Unterstützung. Wenigstens erhielten einige lokale Vereine, die beim Turnier helfen würden, eine finanzielle Gegenleistung.



Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

06. Verordnungen

A. Abschaffung der Gebühren bezüglich des Verkaufs von T-Shirts und Halstüchern des „Club Am Schlass“

Bürgermeister Smit-Thijs merkt an, dass diese Verordnung vor Jahren vom „Club am Schlass“ benötigt wurde, da T-Shirts und Halstücher verkauft wurden. Anfangs sei dies ein großer Erfolg gewesen, mittlerweile verkaufe man aber nichts mehr und dementsprechend benötige man auch diese Verordnung nicht mehr.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Festlegung der Kosten-Verordnung für den Dienst „Essen auf Rädern“

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass der Preis für den Dienst „Essen auf Rädern“, der in der Gemeinde vom Betrieb Sodexo betrieben werde, von 9,5 Euro auf 11 Euro angehoben werden solle. Aktuell nutzen 20 Bürger den Dienst täglich. Die Preisänderung trete am 1. Januar 2025 in Kraft.

Rätin Schares möchte wissen, ob es sich hier um den Fixpreis handele oder ob die Gemeinde hier noch eine finanzielle Unterstützung zahle.

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass der Preis momentan bei 11,23 Euro liege und die Gemeinde den Unterschied zahle.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Änderung der Verordnung bezüglich der Organisation des Dienstes „Essen auf Rädern“

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass man bis jetzt über ein Ticketsystem bezahlt habe. Diese habe man zu 25er Bündeln in der Gemeinde erhalten. Um die Abrechnung sowohl für die Bürger als auch für die Verwaltung zu erleichtern, werde ab dem 1. Januar 2025 eine monatliche Rechnung ausgestellt.

Rätin Schares möchte wissen, wie man die Kriterien einsetze. Ab wann sei man eine ältere Person und wie schätze man Invalidität ein. Wie reaktiv sei dieser Dienst bei plötzlichen Anfragen?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass man auch spontane Anfragen problemlos verwalten könne. Hier genüge oftmals nur ein Anruf beim zuständigen Dienst.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

D. Anpassung der Preise des Holzverkaufs

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass man in Erwartung von einem national festgelegten Holzpreis vom hiesigen Förster nun Empfehlungen zum Holzpreis bekommen habe, die man ab dem 1. Januar 2025 in Kraft setzen wolle. Sobald man die Preise national anpasse, werde man dies natürlich auch tun.

Rat Miller merkt an, dass einige Bürger auch grössere Quantitäten Holz kaufen, hier bestehe der Verdacht auf Weiterverkauf. Müsse man nicht auch die Obergrenze der Bestellungen verringern?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass man dies bereits getan habe. Seit diesem Jahr könne man pro Haushalt nur noch 2 Ster Holz bei der Gemeinde bestellen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

E. Änderung der Verordnung bezüglich der Einschreibengebühren für die Erwachsenenurse

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass man von einer Einschreibung pro Trimester auf eine Einschreibung pro Semester gehe. Dies vereinfache die interne Organisation. An den Preisen ändere dies nichts. Man behalte auch den verbilligten Tarif von 10 Euro für sozial schwächere Bürger bei, im letzten Jahr hätten rund 40 Menschen von diesem Angebot profitiert. Diese Verordnung trete am 1. September 2024 in Kraft.

Rat Weirich gibt an, dass dies organisatorisch sicherlich eine Verbesserung darstelle und auch den Sozialbeitrag befürworte er. Jedoch frage er sich, warum die Kurse nicht über das ganze Trimester/Semester abgehalten würden, sondern immer nur während einer bestimmten Anzahl an Wochen?

Bürgermeister Smit-Thijs entgegnet, dass dies der Gemeindekasse die Rechnungsausstellung vereinfache und es auch für den Bürger leichter sei, wenn der Tarif gleichbleibe. Außerdem habe man so die Möglichkeit, ausgefallene Kurse nachzuholen.

Rätin Schares fragt nach, warum es bis jetzt immer 2 Broschüren zu diesen Kursen gegeben habe?

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass in der einen Broschüre die Kurse vereinigt seien, für die das Ministerium eine Bescheinigung ausstelle und die Kursleiter ein Diplom haben müssten. Die Kurse in der anderen Broschüre seien ein reines Freizeitangebot. Diese sollen auch ab September 2024 in einer Broschüre zusammengefasst werden.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

F. Anpassung der Gebührenverordnung bezüglich des Dienstes der Abfallentsorgung

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass es sich hier um die Anpassung der Tarife der Abfallverwaltung handele. Die Gemeinde sei gehalten, hier kostendeckend abzurechnen. Die Tarife müssten daher regelmäßig angepasst werden. Man gehe nach dem Verschmutzer-Prinzip (principe du pollueur-payeur) vor. Gemeinsam mit anderen Gemeinden sei man Mitglied im Abfallsyndikat SICA. Dieses habe einen Vorschlag gemacht, wie die Preise in den Gemeinden erhöht werden sollten. Für jede Gemeinde sei es so, dass neben den Gebühren für das Abfallsyndikat noch eine Reihe anderer Ausgaben fällig würden. So zum Beispiel auch das Personal, das sich für die Gemeinde Bartringen um den lokalen Recycling Park kümmere. Bei der ausgegebenen Summe müsse man rechtfertigen können, dass man diese an die Bürger weiterverrechne. Man wolle die Bürger zur Mülltrennung anhalten. So hätten Analysen ergeben, dass sich im Restmüll, sprich in der grauen Tonne, immer noch 30% Abfall befinde, der hätte getrennt und somit recycelt werden können. So fände sich hier immer noch Papier, obwohl dieses problemlos in der blauen Tonne entsorgt werden könne, da man hier nicht auf das Gewicht abrechne sondern auf die Entleerung. Andernfalls könne man Papier auch im kommunalen Recyclingcenter abgeben. Bei der grünen Tonne verrechne man pro Kilogramm. Hier schlage das SICA vor, 15 Cent pro Kilogramm zu verrechnen, Bartringen wolle hier aber bei 10 Cent pro Kilogramm bleiben, somit werde dieser Tarif nicht erhöht. Zudem habe das SICA

vorgeschlagen, die Basiskosten auf 204 Euro anzuheben, hier wolle man nur auf 180 Euro erhöhen, sprich von 12 Euro auf 15 Euro im Monat, und liege somit deutlich unter dem Vorschlag des SICA. Jedoch wolle man den Kilopreis der grauen Tonne auf 40 Cent erhöhen, dies um die Bürger dazu anzuhalten, ihren Abfall zu trennen. Beim Preis pro Entleerung der unterschiedlichen Tonnen halte man sich an den Vorschlag des SICA. Sie wolle auch darauf hinweisen, dass es Pflicht sei, in Mehrfamilienhäusern eine Sammelstelle für Objekte, die in die Superdrecksbüchse gehören, einzurichten. Leider sei dies nicht überall der Fall. Diese Verordnung trete am 1. Juli 2024 in Kraft.

Rat Miller merkt an, dass es logisch sei, dass man hier kostendeckend arbeiten müsste. Man habe bereits mit der Reduzierung des Kilopreises der grünen Tonne einen Anreiz zur verbesserten Mülltrennung gegeben. Die Bürger müssten auch weiterhin zur Mülltrennung angehalten werden. In Mehrfamilienhäusern gestalte sich diese schwieriger, da die Möglichkeit zur Trennung auch nicht immer gegeben sei und man nur eine graue Tonne vorfinde. National sei schon 2012 ein Gesetz gestimmt worden, um die Mülltrennung auch in Mehrfamilienhäusern anzupassen. Hier sei aber nichts mehr passiert. Er befürchte allerdings, dass diese Erhöhung zu Abfalltourismus führen könne. Sei es nicht möglich, diese Erhöhung phasenweise einzuführen?

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass die Nachbargemeinde Strassen noch höhere Tarife habe als Bartringen.

Schöffe De Smet ergänzt, dass man sich dessen bewusst gewesen sei, dies dürfe einen jedoch nicht davon abhalten. Sollte diese Verordnung nun zu wilden Deponien führen, müssen die Betroffenen sich bewusst sein, dass sie eine Straftat begangen für die sie zur Rechenschaft gezogen würden. Man spreche in diesem Fall nicht mehr von einem Kavaliersdelikt, sondern von einem Vergehen. Eine progressive Vorgehensweise führe nicht zu besseren Resultaten.

Rat Arend erläutert, dass dies auch ein weiterer Denkanstoss sei und die Bürger weiter für das Thema Mülltrennung sensibilisiere. Man wolle die Bürger nicht schikanieren, sondern müsste kostendeckend arbeiten. Dies gebe auch die Möglichkeit zur positiven Änderung.

Rätin Schuster weist darauf hin, dass die Gebäudeverwaltung gefordert sei. Auch die Gemeinde solle zur Sensibilisierung der Bürger beitragen. Könne man nicht in regelmässigen Abständen eine Publikation zur Mülltrennung machen, sei es im Gemeindeblatt oder online. Wenn die Bürger die Botschaft verstanden hätten, dass weniger Müll auch weniger Kosten bedeute, könne dies der Mülltrennung nur förderlich sein.

Bürgermeister Smit-Thijs stimmt zu, dass man die Bürger dazu anregen solle, Lösungen zu finden. Hier seien auch die Kommissionen Klima- sowie Naturpakt gefordert.

Rätin Schares verweist darauf, dass eine Erhöhung auf 40 Cent pro Kilogramm beim Restmüll hoch angesetzt sei. Das Sica schlage hier 22 Cent vor. Man müsse die Entwicklung im Auge behalten. Eventuell führen diese Preise trotzdem dazu, die Bürger zum Nachdenken anzuregen. Hier solle eine solide Kommunikation stattfinden, auch um den Bürgern noch einmal die Regeln der Mülltrennung näher zu bringen, dies vielleicht auch bei Veranstaltungen wie dem Zero Waste.

Rat Rauchs gibt an, dass sich alle einig seien, dass man die Bürger etwas anleiten müsse. Einige vom SICA vorgeschlagene Preiserhöhungen betrügen Steigerungen von bis zu 60%. Dies sei, auch wenn man kostendeckend arbeite,

sehr viel. Hier würden sich natürlich auch die Personalkosten des Syndikats sowie weitere Kosten niederschlagen, ebenso wie die getätigten Investitionen. Ausserdem wolle er daran erinnern, wenn nur Teile des Mülleimers kaputt seien, könne man diese ersetzen ohne gleich den ganzen Mülleimer auszuwechseln zu lassen.

Bürgermeister Smit-Thijs erwidert, dass die am Syndikat beteiligten Gemeinden ganz klar auch die Investitionen mitzutragen hätten, da diese ihnen ja auch zugutekämen.

Schöffe De Smet erklärt, dass man im SICA gezielte Investitionen tätige welche den Bürger zugutekommen. Es liege nun ein Projekt für ein neues Ressourcen-Zentrum vor, durch das auch noch andere Gemeinden diesem Syndikat beitreten möchten. Über die letzten Jahre sei hier viel gearbeitet worden, was die Preiserhöhung rechtfertige. In Bartringen habe man nicht jede Preiserhöhung des SICA umgesetzt.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

G. Abschaffung der Verwaltungsgebühren

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass die Verwaltungsgebühren abgeschafft werden sollen, da viele Dokumente schon kostenlos auf myguichet verfügbar seien.

Rat Weirich fragt nach, ob man dann nicht Verschiedenes online abwickeln könne.

Schöffe De Smet gibt an, dass man jetzt schon verschiedene Dokumente online über myguichet erhalte.

Rat Miller möchte wissen, ab wann dies in Kraft trete?

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass man die Entscheidung dem Innenministerium mitteile. Sobald man die Zustimmung erhalte, werde man diese für 3 Tage aushängen, ab dann sei die Abschaffung der Verordnung rechtskräftig.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

H. Änderung der Verordnung, die die Entgelte der Begleiter und Klassenlehrer bei Schulausflügen regelt

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass Begleitpersonen bis dato 62 Euro Entschädigung pro Tag bei Schulausflügen erhalten hätten. Dieser Teil der Verordnung solle nun abgeschafft und feste Posten geschaffen werden, die gesetzlich geregelt seien.

Rätin Schares fragt nach, ob die Entschädigung bei den Klassenlehrern bestehen bleibe?

Bürgermeister Smit-Thijs gibt zu verstehen, dass es sich hier rein um die Begleitpersonen handele, alles andere bleibe unverändert.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

I. Abschaffung der Entschädigung für Begleitpersonal der Spielnachmittage

Bürgermeister Smit-Thijs erläutert, dass man diese Verordnung nicht mehr nutze, da diese Aufgabe von den Erziehern des SEA übernommen wurde.



Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

J. Änderung der Gebührenverordnung betreffend die Beteiligung der Eltern an Schulausflügen

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass es sich hier um die Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schulausflüge handele. Bis jetzt hätten diese pro Nacht 15 Euro im Inland und 25 Euro im Ausland gezahlt. Diese Beiträge sollen auf 25 Euro im Inland und 40 Euro im Ausland erhöht werden. Auch trotz dieser Erhöhung lege die Gemeinde noch eine ordentliche Summe dazu, da die Preise enorm angestiegen seien. Für sozial schwache Familien liege die Beteiligung bei 10 Euro, da man kein Kind ausschliessen wolle. Diese Verordnung trete ab dem 1. September 2024 in Kraft.

Rätin Schares fragt nach, ob es möglich sei, jedes sozial schwache Kind auszumachen, damit dieses von dieser Hilfsleistung profitieren könne? Könne man ausserdem nicht aus einen Unterschied zwischen Sommer- und Winterkolonien machen?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass eine Winterkolonie teurer sei als eine Sommerkolonie. Man wolle hier trotzdem keinen Unterschied machen. Sozial schwache Familien versuchen oft, ihre Lage zu verstecken, hier müsse man Fingerspitzengefühl an den Tag legen. 100% abdecken könne man diese Fälle jedoch nicht.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

K. Änderung der Gebührenverordnung bezüglich des Verkaufs von Eintrittskarten des Kinos «ArcA»

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass es sich hier um eine Änderung der Gebührenverordnung bezüglich des Verkaufs von Eintrittskarten des Kinos in der ArcA handele. Man habe die Tarife festgelegt. Nun könnten aber auch Inhaber des Kulturpasses zum Preis von 1,5 Euro an diesen Vorführungen teilnehmen. Diesen Zusatz müsse man in die bestehende Verordnung integrieren.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

L. Änderung der kommunalen Verordnung bezüglich der Gebühren und Nutzungsgebühren für kommunale Räume und Einrichtungen

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass die lokalen Vereine die kommunalen Räumlichkeiten kostenlos nutzen könnten. Man wolle jedoch verhindern, dass Vereine, die nicht wirklich eine Bindung zur Gemeinde hätten, von diesem Gefallen profitieren könnten. Das Kriterium sei der Erhalt einer kommunalen Subvention.

Rat Weirich merkt an, dass er schon auf diese Begebenheit aufmerksam gemacht habe. Er sei erfreut über diese Anpassung.

Rätin Schares fragt nach, ob sich dies nur auf die Schauwenburg oder auch auf andere kommunale Gebäude beziehe?

Schöffe De Smet erwidert, dass es sich nur um die Räumlichkeiten der Schauwenburg handele.

Rat Miller will wissen, wie die Anfragen der Parteien gehandhabt würden?

Schöffe De Smet erklärt, dass auch diese die Räumlichkeiten kostenlos nutzen können. Es gehe vor allem darum, eine Überbelegung der Räumlichkeiten zu verhindern.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

M. Änderung der Verordnung bezüglich des Festival der jungen Talente BAYOTA

Bürgermeister Smit-Thijs merkt an, dass es sich hier um die Verordnung des Festivals der jungen Talente BAYOTA handele. Hier wurde der Pianotrail hinzugefügt. Ausserdem wurde noch eine Bewertungskategorie hinzugefügt, um alles gleich zu setzen.

Rat Weirich Weirich erklärt, dass die Angabe von Notenpunkten in der Verordnung nur dann einen Sinn ergebe, wenn die Jury sie ganz praktisch als Bewertungskriterien zur Preisvergabe handhaben könne. Bei unterschiedlichen Auftritten sei dies schwer umsetzbar, besonders wenn kein Punkteminimum festgelegt werde.

Bürgermeister Smit-Thijs bedankt sich bei Rat Weirich für die Anmerkung. Die Verordnung werde in diesem Sinne angepasst.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

07. Gerichtsverfahren

A. Genehmigung um vor Gericht zu gehen

Bürgermeister Smit-Thijs erklärt, dass es hier um eine Person gehe, die eine Wohnung in der rue de Leudelage angemietet habe. Der Mietvertrag habe eine Dauer von 3 Jahren gehabt und sei noch einmal verlängert worden. Derselbe sei 2022 ausgelaufen. Es sei eine Bestandsaufnahme mittels einem Experten Büro gemacht worden. Hierbei seien Schäden in Höhe von 5.000 Euro vermerkt worden. Das Geld für die Reparaturen habe die Gemeinde vorgestreckt. Der Schöffenrat erbitte nun vom Gemeinderat die Genehmigung, um vor Gericht zu gehen, um erstens diese Summe wieder einzuklagen und zweitens auch aufzuzeigen, dass ein solches Verhalten nicht hingenommen wird. Zudem sei die Wohnung nicht Eigentum der Gemeinde, sondern sei von einer Privatperson der Gemeinde als Sozialwohnung zur Verfügung gestellt worden. Es gehe auch darum, ein Statement zu setzen damit nachfolgende Mieter vorsichtiger mit den Wohnungen umgingen, jedoch auch an die Personen, die der Gemeinde Wohnungen zur Verfügung stellen, dass man hier durchgreife.

Rat Weirich möchte eine Stellungnahme zu diesem Punkt abgeben. Für ihn sei es schwer, sich nur anhand der vorliegenden Dokumente ein richtiges Bild der Situation zu machen. Zwar lägen zwei Stellungnahmen der Anwälte der gegensätzlichen Parteien vor, doch hier vertrete jeder natürlich die Meinung seines Auftraggebers. Im vorliegenden Mietvertrag sei vermerkt, dass man eine Bestandsaufnahme sowohl beim Einzug als auch beim Auszug mache. In den zur Verfügung gestellten Dokumenten finde sich jedoch keine Bestandsaufnahme des Einzugs. Außerdem frage er sich, wie die finanzielle Situation besagter Person sei, da es sich ja scheinbar um jemand sozial schwachen handele. Er wolle in diesem Zusammenhang auch noch einmal die Frage nach der Begleitung solcher Personen stellen. Sei das Sozialamt hier tätig gewesen oder nicht? Was noch ins Auge falle, sei, dass man den Vertrag nach 3 Jahren verlängert habe. Habe man zu diesem Zeitpunkt keine Bestandsaufnahme durchgeführt? Es sei schwer, sich hier ein klares Bild zu verschaffen. Jedoch könne man die Unkosten miteinander vergleichen. Die Gemeinde sei ihrer Verantwortung nachgekommen und habe die Wohnung

wieder instandsetzen lassen, sie fungiere ja auch als Garant zwischen Mieter und Wohnungsbesitzer. Diese Summe läge bei rund 5.000 Euro. Hinzu kämen dann aber auch noch die Unkosten der Expertise und die Anwaltskosten. Nun könne man eine Kosten-Nutzen Aufstellung machen oder auch diesen Fall mit anderen Ausgaben der Gemeinde vergleichen. Für ihn stelle sich dann ganz klar die Frage nach dem Gleichgewicht, besonders bei Sozialfällen. Müsse man in solchen Fällen immer die großen Geschütze auffahren? Es gehe ja angeblich ums Prinzip. Jedoch dadurch, dass die Gemeinde es zum Fall mache, werde es auch in der Öffentlichkeit bekannt. Es sei eine Gratwanderung zwischen Prinzipien durchsetzen und Prinzipienreiterei. Neben den Prinzipien habe man auch Werte, die man anführen könne und jede Entscheidung, die man treffe, sei dann ja eigentlich die zwischen Prinzipien und Werten. Für ihn persönlich überwiege der soziale Wert über den Prinzipien.

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass die Wohnung vor der ersten Vermietung komplett renoviert worden sei. Aus diesem Grund finde man keine Bestandsaufnahme des Einzugs in der Akte. Es gehe auch darum, dass eine Privatperson der Gemeinde diese Wohnung zwecks Weitervermietung zur Verfügung gestellt habe. Es stehe außer Frage, dass man in erster Instanz für den entstandenen Schaden aufkomme und die Wohnung renoviere. Der Mieter habe in 6 Jahren Schäden in Höhe von 5.000 Euro verursacht. Man könne nicht jede Wohnung nach Ablauf des Vertrags komplett sanieren, die Mieter müssen sich ihrer eigenen Verantwortung auch bewusst sein. Die Kosten-Nutzung Rechnung sei schnell gemacht; die Gemeinde werde mehr Geld in diesen Fall investieren als sie herauskriege. Man könne hier keine Kulanz zeigen, auch um ein Zeichen für Mieter aber auch Vermieter zu setzen. Andernfalls könne es auch in die Richtung gehen, dass keine Privatpersonen der Gemeinde mehr ihre freien Wohnungen zu Verfügung stellen.

Schöffe De Smet ergänzt, dass auch er eine andere Sichtweise auf diesen Fall habe wie Rat Weirich. Dessen Anmerkungen seien nicht falsch, jedoch müsse man auch an die Besitzer dieser Wohnung denken. Es gebe immer noch zu wenige Menschen, die den Gemeinden ihre freien Wohnungen zur sozialen Weitervermietung zur Verfügung stellen. Man könne sich in solchen Fällen nicht auf eine Kosten-Nutzung basieren, ansonsten sende man die falschen Signale. Man wolle seiner Linie treu bleiben. Wenn jemand solche Schäden verursache, müsse er auch dafür geradestehen. Man könne hier die soziale Komponente nicht über alles andere stellen. Man sei sich bewusst, dass man auch vor Gericht nicht den Gesamtbetrag zurückerhalte. Schon in der vorangegangenen Korrespondenz habe man verschiedene Möglichkeiten zur Rückzahlung gegeben, jedoch ohne Erfolg. Es solle auch klar ein Statement nach außen sein, dass man auch als Mieter einer Wohnung der Gemeinde zur Rechenschaft gezogen werde und sich nicht alles erlauben könne. Mit dem neuen Gesetz des erschwinglichen Wohnraums eröffnen sich auch andere Möglichkeiten der Besichtigung während des Mietvertrags. Hiervon werde man Gebrauch machen, auch wenn man nicht alles verhindern könne.

Rat Arend fügt hinzu, dass sogar wenn ein Richter in diesem Fall ein Urteil fälle, die Gemeinde dieses nicht durchführen müsse. Man könne dann immer noch einen Finanzplan aufstellen und die soziale Komponente berücksichtigen.

Rat Miller gibt an, dass er es ähnlich sehe. Man habe große Schwierigkeiten Wohnungen zu finden, da die Besitzer befürchteten, auf Schäden sitzen zu bleiben. Man müsse hier ein Zeichen setzen, sowohl für nachfolgende Mieter wie Vermieter.

Rätin Schuster führt aus, dass man ein Urteil nicht durchführen müsse, wie von Rat Arend schon erwähnt, doch man solle ein Zeichen setzen, um zu vermeiden, dass Privatbesitzer ihre Wohnung nicht mehr an die Gemeinde

vermieten wollen. Sie findet, dass man als Mieter mit Sorgfalt handeln solle, zumal wenn man eine Wohnung zu einer reduzierten Miete zugesprochen bekomme. Sie schlägt vor, dass die Gemeinde provisorische Abnahmeprotokolle und eine jährliche Besichtigung der Wohnung vorsehen solle, um Schlimmeres zu vermeiden.

Bürgermeister Smit-Thijs wolle noch einmal darauf hinweisen, dass die betreffende Person diese Wohnung zu einer reduzierten Miete bewohnt habe. Man müsse davon ausgehen können, dass diese auch ihre Verantwortung übernehmen könne. Es sei auch nicht die Aufgabe der Gemeinde, den Mietern die gängigen Gepflogenheiten beizubringen. Man werde in Zukunft regelmäßig Wohnungsbegehungen durchführen. Dies verhindere nicht unbedingt Schäden, jedoch könne man dann schneller reagieren.

Rat Rauchs wolle den präventiven Charakter noch einmal ansprechen. Es sei wichtig, dass vermehrt Begehungen durchgeführt würden. So werden etwaige Schäden früh erkannt und nicht erst nach Jahren beim Auszug der Mieter bemerkt.

Bürgermeister Smit-Thijs erwidert, dass man dies durchführe, da es nötig sei. Schäden könne man jedoch auch mit dieser Maßnahme nicht verhindern.

Rat Weirich bedankt sich für die Ausführungen und die zusätzlichen Informationen. Die vorgetragenen Argumente könne man nicht einfach verwerfen. Es stimme ihn zuversichtlich, dass aus der Diskussion hervorgegangen sei, dass es besonders in solchen Fällen wichtig sei, vermehrt Information und Prävention zu betreiben. Mit den vermehrten Begehungen könne man Schäden nicht verhindern, man könne jedoch schneller entgegenwirken. Er wolle im Vorfeld seine Abstimmung begründen. Nach reiflicher, vorheriger Überlegung habe er dagegen stimmen wollen. Aufgrund der nun geführten Diskussion wolle er sich enthalten. Den Umschwung dieser Entscheidung habe sicherlich auch das von Rat Arend Gesagte bewirkt.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird mit 10 Ja-Stimmen (DP, déi gréng, LSAP) und 3 Enthaltungen (CSV) angenommen.

08. Beratende Kommissionen

A. Änderung der Zusammensetzung der Kommission der Bauten, Stadtplanung und kommunalen Gestaltung

Bürgermeister Smit-Thijs führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um die Änderung der Zusammensetzung der Kommission der Bauten, Stadtplanung und kommunalen Gestaltung gehe. Es solle ein Experte genannt werden. Diese Änderung beruhe auf einem Antrag der betreffenden Kommission.

Rätin Schares möchte wissen, ob auch in der letzten Legislaturperiode ein Experte in dieser Kommission Mitglied gewesen sei?

Dies wird von Bürgermeister Smit-Thijs bestätigt.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Kommission der Bauten, Stadtplanung und kommunaler Gestaltung: Ernennung eines Experten

Herr Joël Bieber wird einstimmig auf den Posten des Experten der Kommission der Bauten, Stadtplanung und kommunalen Gestaltung genannt.

09. Gemeindepersonal

A. Schaffung von Posten und Festlegung der Gehälter der schulischen Begleiter unter befristeten Verträgen

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass aufgrund der Abschaffung der vorherigen Verordnung nun diese 10 Posten geschaffen würden, die man dann bei Bedarf besetze. Somit könne man die benötigten Personen mit Vertrag einstellen, ein Mindestalter einführen sowie ein Mindestgehalt, das zudem Indexgebunden sei.

Rat Rauchs fragt nach, ob man hier keine Schwierigkeit bekomme, wenn man einer Person mehr als einen zeitlich befristeten Vertrag gebe?

Bürgermeister Smit-Thijs antwortet, dass dies gesetzlich in Ordnung sei.

Rätin Schares möchte wissen, ob diese Personen nur für Kolonien oder auch für Tagesausflüge angedacht seien?

Bürgermeister Smit-Thijs gibt an, dass diese Posten für Beides seien.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

10. Verkehr

A. Bestätigung von Notfall-Verkehrsregelungen

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue du Pont handele, die vom 15. Januar bis 26. Juli 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue Charles Schwall handele, die vom 15. Januar bis 9. Februar 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de Dippach handele, die von 15. Januar bis 15. Februar 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de Dippach handele, die vom 1. Februar bis 16. Februar 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de Leudelage handele, die von 1. Februar bis 16. Februar 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de Mamer handele, die vom 15. Januar bis 9. Februar 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Rat Demuyser erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue des Romains handele, die vom 29. Januar bis 29. März 2024 gelte.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Ende der Sitzung: 12.00



PROCÈS-VERBAL DE LA RÉUNION DU CONSEIL COMMUNAL

DU 2 FÉVRIER 2024 À 8H30

Présents :

DP

Monique SMIT-THIJS (bourgmestre)
Youri DE SMET (échevin)
Frank DEMUYSER (conseiller)
Marc LANG (conseiller)
Max AREND (conseiller)

CSV

Nadine SCHARES (conseillère)
Guy WEIRICH (conseiller)
Marc RAUCHS (conseiller)

déi gréng

Roger MILLER (conseiller)

LSAP

Yolande SCHUSTER (conseillère)

Georges FRANCK (secrétaire communal)

Excusé(s) : Frank Colabianchi (échevin/DP, délégation du droit de vote à M. le conseiller Lang quant aux points 1, 3-8A, 9-10), Francine Moro (conseillère/DP, délégation du droit de vote à M. l'échevin De Smet quant aux points 1, 3-8A, 9-10), Gabriella Damjanovic (conseillère/déi gréng, délégation du droit de vote à M. le conseiller Miller quant aux points 1, 3-8A, 9-10)

ORDRE DU JOUR

En séance ouverte :

01. | Approbation de l'ordre du jour
02. | Informations et correspondance
03. | Projets
 - A. Devis relatif au projet de lotissement abordable « Cité am Wénkel » : approbation
 - B. Devis relatif à la création d'espaces verts au Shared Space : approbation
 - C. Devis supplémentaire relatif à l'assainissement du collecteur « Aalbaach » : approbation
 - D. Devis supplémentaire Quartier Bureck et Duerfhaus et vote d'un crédit spécial : approbation
 - E. Devis relatif à la mise en état de la voirie rurale pendant l'exercice 2024 : approbation
04. | Urbanisme
 - A. Modification ponctuelle de la partie graphique du PAG « Villa Schwall » : mise en procédure
 - B. Modification ponctuelle de la partie écrite du PAG concernant la zone spéciale « Bourmicht » : approbation
 - C. Modification ponctuelle du PAP « Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen » : approbation
 - D. Modification ponctuelle du PAP « Zone d'activité intercommunale Bourmicht » : approbation
05. | Contrats et actes notariés
 - A. Acte notarié de cession gratuite Renato Properties S.A. : approbation
 - B. Convention TTL Open A.s.b.l. : approbation
06. | Règlements
 - A. Abrogation de la taxe relative à la vente de t-shirts et de foulards du Club « Am Schlass »
 - B. Fixation du règlement-tarif pour le service du repas sur roues
 - C. Modification du règlement d'organisation du service repas sur roues
 - D. Adaptation du prix de vente du bois de chauffage
 - E. Modification du règlement des tarifs d'inscription des cours pour adultes
 - F. Adaptation du règlement-tarif du service d'enlèvement des ordures
 - G. Abrogation du règlement-taxes de chancellerie
 - H. Modification du règlement fixant les indemnités revenant aux accompagnateurs et aux titulaires de classe dans le cadre des séjours scolaires
 - I. Abrogation de l'indemnité revenant au personnel d'encadrement des après-midi récréatifs
 - J. Modification du règlement-tarif relatif aux frais de participation des parents aux séjours scolaires



- K. Modification du règlement-tarif pour la vente des billets d'entrée au cinéma « ArcA »
- L. Modification du règlement communal concernant les taxes et tarifs d'utilisation des salles et installations communales
- M. Modification du règlement relatif au festival des jeunes talents BAYOTA
- 07. | Affaires judiciaires
 - A. Autorisation d'ester en justice
- 08. | Commissions consultatives
 - A. Modification de la constitution de la commission des bâtisses, de l'urbanisme et de l'aménagement communal
 - B. Commission des bâtisses, de l'urbanisme et de l'aménagement communal : nomination d'un expert
- 09. | Affaires du personnel
 - A. Création de postes et fixation des salaires des accompagnateurs scolaires engagés sous contrat de travail à durée déterminée
- 10. | Circulation
 - A. Confirmation de règlements de circulation d'urgence

En séance ouverte :

01. Approbation de l'ordre du jour

Mme la bourgmestre Smit-Thijs souhaite la bienvenue aux membres du conseil communal dans la salle des réunions de la mairie et leur demande s'ils approuvent l'ordre du jour.

Le conseil communal approuve l'ordre du jour à l'unanimité.

02. Informations et correspondance

Mme la bourgmestre Smit-Thijs informe les conseillers communaux de ce qui suit :

- les statistiques de la piscine intercommunale CNI Les Thermes sont disponibles. En 2023, la piscine a enregistré près de 331.000 visiteurs, ce qui correspond à une moyenne de 933 clients par jour. Ces chiffres retrouvent donc le même ordre de grandeur que celui connu avant la pandémie. La fréquentation des installations du sauna avec 60.000 visiteurs, soit une moyenne journalière de 169 clients, est elle aussi remarquable.
- l'on dispose à présent des statistiques du service « Ruffbus Berti ». Entre-temps ce service compte 2 bus et dessert également le CHL. Au cours de l'exercice 2023, il a été sollicité près de 10.000 fois et peut donc être considéré comme étant une pleine réussite.
- les prochaines réunions du conseil communal se tiendront les 22 mars et 26 avril 2024 à 8.30 heures.

À ce jour, le nombre de résidents est de 8.890.

La trésorerie s'élève à 19 millions d'euros.

03. Projets

A. Devis relatif au projet de lotissement abordable « Cité am Wénkel » : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit en l'espèce du devis relatif au projet de lotissement abordable « Cité am Wénkel ». Étant donné que les projets dans ce domaine s'avèrent souvent ardues, la Commune a décidé de s'activer et d'assumer elle-même la fonction de maître d'ouvrage. Le projet a été présenté le 16 janvier 2024 lors d'une réunion de travail du conseil communal. Le devis s'élève à 2,2 millions d'euros, TVA de 17% comprise. De plus, une subvention de l'État a été confirmée.

Mme la conseillère Schares se réjouit de voir que la Commune prend l'initiative. Existe-t-il des dates clés pour le lancement du projet ?

M. l'échevin De Smet fait remarquer qu'après le vote du devis, il y aura d'abord lieu de lancer l'appel d'offres pour le projet, après quoi il faudra escompter une phase de construction de 2 ans. Il n'existe donc pas encore de date concrète de démarrage. Mais l'on ne veut pas perdre de temps et entamer les travaux dès cette année.

M. le conseiller Rauchs souhaite souligner que tant l'idée en soi que le projet lui plaisent. Il se demande toutefois pourquoi ce projet ne passe pas par la commission des bâtisses ?

M. l'échevin De Smet fait remarquer que le projet sera soumis en temps voulu à la commission des bâtisses en vue de l'obtention du permis de construire, et qu'il s'agit uniquement à présent de voter le devis.

M. le conseiller Miller demande comment se déroulera la gestion ? Ces appartements seront-ils loués en interne et selon quels critères ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'ils seront gérés en interne par le nouveau service logements.

M. l'échevin De Smet ajoute que la Commune ne dispose pas d'une grande marge de manœuvre à cet effet, alors qu'il y a lieu de respecter les critères de l'État. La Commune est déjà en possession d'une formule devant servir au calcul des loyers.

Mme la conseillère Schuster demande s'il sera également tenu compte de la liste d'attente existante de la Commune, étant donné que Bertrange compte aussi des citoyens qui se trouvent dans des conditions précaires de logement ou qui sont confrontés à des problèmes financiers.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'on ne peut pas se prononcer à ce sujet pour le moment. L'on ignore toujours si l'on devra déjà travailler avec le RENLA (Registre national du logement abordable) dans ce contexte et quelles en seront les incidences.

M. l'échevin De Smet fait remarquer que pour les deux logements situés dans la rue des Platanes, on a consulté la liste existante. Les demandeurs qui, selon la composition du ménage, entrent en ligne de compte pour un logement à deux chambres à coucher, ont été contactés à ce sujet. L'on va procéder à présent à recueillir et à examiner toutes les informations qui serviront de base à la décision quant au futur locataire.

Mme la conseillère Schuster ajoute qu'il est important de s'informer en détail de la typologie des logements nécessaires. Cela permettrait d'apporter une aide plus efficace.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique que cela est précisément déjà le cas.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

B. Devis relatif à la création d'espaces verts au Shared Space : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il faudrait rendre le Shared Space plus vert, sans pour autant pousser le concept ad absurdum. La commune s'est adressée aux architectes paysagistes Ernst&Partner afin d'explorer les diverses possibilités. Le projet et le devis afférent d'un montant de 270.000 euros, TVA comprise, sont désormais disponibles.

M. le conseiller Miller fait remarquer que son groupe est toujours partant pour une végétalisation supplémentaire. Mais ce projet, d'un montant de 270.000 euros, est totalement surdimensionné. La commune, qui dispose d'un service de jardinage, ne pourrait-elle pas lui confier la réalisation de ce projet ? Et n'aurait-il pas été possible de végétaliser davantage l'espace à la place des poules, entre autres à l'aide de bacs à plantes mobiles ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs se dit déçue par la déclaration de M. le conseiller Miller. Il existe en effet des restrictions en matière de construction, raison pour laquelle il n'est pas possible de végétaliser tous les endroits après-coup. Aussi s'agit-il de ne pas compromettre le concept du Shared Space. Il s'y ajoute que ce projet, de par son ampleur, a dépassé de loin les possibilités du service communal de jardinage.



Mme la conseillère Schares indique qu'elle est en principe favorable à une végétalisation supplémentaire, mais que les coûts sont élevés. Ernst&Partner sont les mêmes architectes qui ont conçu le Shared Space et qui sont à présent appelés à y apporter quelques adaptations. Ne pourrait-on pas demander un deuxième devis pour des projets d'une telle envergure ? Elle estime également qu'il faudrait végétaliser davantage la place des poules qui n'aurait pas été prise en compte dans ce projet.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs fait remarquer que l'opposition n'arrête pas de prôner une végétalisation de la place des poules. Sous celle-ci se trouve un parking, ce qui limite la possibilité. Comme cet espace est également utilisé pour des événements, il faut rester flexible dans la conception. L'on ne manquera certainement pas de le développer. Y aurait-il d'autres propositions constructives pour une végétalisation supplémentaire ?

M. le conseiller Rauchs fait remarquer que l'on devrait continuer de manière générale à végétaliser le village, éventuellement en y impliquant les citoyens. Ce thème a également été abordé lors de la dernière réunion du Pacte Climat. Tous les quartiers de Bertrange pourraient se prêter à divers endroits à une végétalisation supplémentaire.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que tout cela est certainement correct. Son groupe est également favorable à une plus large végétalisation de la localité. Les discussions lors de la réunion du Pacte Climat seront poursuivies. Elle rappelle que le présent projet a tenu compte des contraintes liées à l'espace partagé et aux conditions de construction.

M. le conseiller Weirich demande s'il est exact qu'une fois le projet réalisé, il ne sera plus possible de se garer sur la place du Jumelage. En outre, il voudrait savoir ce qu'il en est de la végétalisation près de l'église.

M. l'échevin De Smet indique qu'après les travaux de réaménagement, il ne sera plus possible de se garer entre les bacs à plantes de la place du Jumelage. La végétation devant l'église se fera directement dans le sol.

Mme la conseillère Schuster partage l'avis des orateurs précédents. Un deuxième devis est toujours utile, alors qu'il permet de se faire une meilleure idée des chiffres. Dans la situation actuelle, cela est plutôt difficile. La place des poules devrait également être incluse dans le concept. Son groupe a déjà évoqué la place des poules dans son programme électoral. Elle est consciente qu'il y existe des restrictions et que tout n'y est pas réalisable. Elle estime en outre qu'il suffirait éventuellement de revaloriser les espaces verts déjà existants. L'on pourrait certainement trouver ici l'une ou l'autre possibilité d'enjoliver l'aspect de la place.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs fait remarquer que l'on se propose d'avoir recours à des plantes se prêtant à cet effet et restant attrayantes tout au long de l'année. Il est ainsi envisagé d'y intégrer également des herbes et des fleurs.

Ce point est adopté à raison de 7 voix pour (DP) et de 6 abstentions (CSV, LSAP, déi gréng).

Mme la conseillère Schares demande à nouveau la parole à des fins d'élucidation. Elle est en principe favorable à la végétalisation, mais s'abstient en raison du fait qu'il n'existe qu'un seul devis et qu'aucune comparaison n'est donc possible.

C. Devis supplémentaire relatif à l'assainissement du collecteur « Aalbaach » : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'il s'agit en l'espèce d'un devis supplémentaire relatif à l'assainissement du collecteur « Aalbaach ». Le 6 avril 2017, le conseil communal avait déjà voté un devis de 483.000 euros, TVA comprise, à

cet effet. Des travaux supplémentaires ont été réalisés afin de pouvoir finaliser le projet. De plus, les prix ont augmenté depuis 2017. Ce projet avait été présenté au conseil communal en février 2023 lors d'une réunion de travail. Depuis lors, les trois axes principaux du collecteur ont été assainis, les frais occasionnés étant partagés entre les communes de Bertrange et de Strassen selon le principe du pro-rata. Le devis supplémentaire qui vient d'être présenté s'élève à 600.000 euros pour des travaux d'ores et déjà effectués, étant donné que cet assainissement a été achevé entretemps.

Mme la conseillère Schares fait remarquer qu'il s'agit ici de travaux nécessaires, dont la réalisation s'impose. Elle se demande seulement au sujet du poste énuméré pour l'inspection par caméra, s'il s'agit d'un poste spécial ou s'il entre dans le cadre de l'inspection communale des canalisations par caméra.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que cette mesure s'était imposée pour s'assurer que l'exécution était faisable. Cela n'a rien à voir avec l'inspection du réseau d'égouts communal par caméra.

M. le conseiller Miller demande comment l'on fera pour la répartition proportionnelle des coûts, sera-ce par tête ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique que ce calcul a été réalisé sur la base du débit.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

D. Devis supplémentaire relatif au quartier Bureck et au « Duerfhaus » et vote d'un crédit spécial : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'il s'agit en l'espèce d'un devis supplémentaire concernant le quartier Bureck et le « Duerfhaus ». Le 4 octobre 2019, le conseil communal a approuvé le devis définitif de 7.183.033,63 euros pour le réaménagement du quartier en question par le bureau d'architectes. À l'époque, il avait déjà été proposé d'inclure davantage de réserves financières, ce qui avait toutefois été rejeté par le bureau d'architectes, tout comme l'incitation à faire appel à un gestionnaire de projet pour ce projet. Le 7 octobre 2022, le conseil communal avait déjà voté un devis supplémentaire de 1,7 million d'euros. L'on s'est enquis régulièrement de l'état des travaux, s'il y avait eu des augmentations de prix, si tout se déroulait comme prévu, tout cela hélas sans réponse. Il s'y ajoute que le bureau d'architectes en question avait déjà été convoqué à une séance de travail du conseil communal en octobre 2023, afin de fournir une réponse aux questions des conseillers communaux. Or, à la surprise générale, il leur a été soumis un nouveau devis d'un montant de 907.942,57 euros, TVA comprise. Cette somme a été arrondie à 950.000 euros afin de tenir compte de toutes les éventualités. Elle propose de convoquer à nouveau le bureau d'architectes à une séance de travail afin de justifier et d'expliquer cette augmentation de prix. À présent, l'on se trouve confronté au devis mentionné qu'il s'agit de régler, alors que les travaux ont déjà été réalisés par les différentes entreprises. L'exécution et la gestion de la part du bureau d'architectes laissent fortement à désirer, ce qui a d'ailleurs été exprimé lors des entretiens. Cela n'a toutefois pas permis de changer quoi que ce soit. Le collège échevinal propose donc de convoquer à nouveau le bureau compétent lors de la prochaine réunion de travail du conseil communal en mars 2024, afin qu'il prenne position au sujet de cette affaire. Il existe en effet un grand besoin de clarification. Toujours est-il que cela ne dispensera pas la Commune de devoir régler les factures en souffrance. La Commune n'entend toutefois pas accepter cette situation sans rien faire. Elle avait signalé de nombreuses incohérences qui n'ont pas été prises en compte. Toute cette affaire est d'autant plus décevante que le bureau d'architectes responsable est un bureau établi dans la commune.

Mme la conseillère Schares se dit elle aussi déçue de la façon d'agir de l'architecte. Alors que l'inauguration solennelle a eu lieu en mai 2023 et qu'en octobre 2023,

l'architecte s'est présenté à la séance de travail du conseil communal, il s'avère maintenant, 4 mois plus tard, que l'installation n'est toujours pas utilisable. Les associations locales ne disposent d'aucun calendrier sur lequel elles pourraient s'orienter et attendent avec impatience de pouvoir s'installer dans les nouveaux locaux. Et qui plus est, il a été soumis un autre devis qui ne correspond aucunement aux déclarations du bureau d'architectes responsable lors de la réunion. Il est exact que, lors de cette réunion de travail, il a entre autres été question de l'augmentation des prix et de la nécessité de présenter un nouveau devis. Cependant, le montant mentionné dans ce contexte s'élevait à un tiers du devis actuel. Un tel triplement ne saurait être justifiable dans un délai aussi court. Elle comprend parfaitement la déception générale, mais il est impossible de se soustraire au règlement des factures en question.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que le bâtiment est à présent prêt à être occupé, cette nouvelle étant tombée la veille. Les associations concernées seront informées que leur déménagement pourra se faire à partir du 11 février 2024. Elle tient à rappeler que le projet n'a d'aucune façon manqué de suivi. La Commune est restée en contact permanent, n'a cessé de poser des questions, mais les réponses ont toujours été confiantes et rassurantes.

M. l'échevin De Smet ajoute que ce n'est nullement l'habitude ni la manière du DP de formuler des critiques en séance publique. Cependant, la manière de procéder de l'architecte laisse fortement à désirer. L'élaboration du budget s'est faite en novembre 2023 avec intégration du montant indiqué, mais personne n'a compté avec la somme actuelle qui, de ce fait, n'est pas disponible.

Mme la conseillère Schuster s'interroge sur la raison de cette augmentation de la facture. Elle attend que le bureau d'architectes fournisse des explications à ce sujet, alors qu'il s'agit d'une somme non négligeable. Si tout le monde travaillait de cette façon, il serait impossible de respecter le budget. Un tel comportement compromet également l'exécution d'autres projets.

M. l'échevin De Smet explique que ces factures ont d'ores et déjà été présentées, raison pour laquelle il y a lieu de voter dès à présent sur ce point au conseil communal, sans attendre la prochaine réunion. Les entreprises ont besoin de cet argent.

M. le conseiller Rauchs remercie le collège échevinal pour ces explications. Il s'interroge sur le mode d'utilisation des nouveaux locaux. Il n'a en effet, pas encore été voté de règlement régissant cette utilisation.

M. l'échevin De Smet répond que ces locaux ne sont pas destinés aux particuliers, sauf pour ce qui est de la célébration de mariages civils et de partenariats. Ce règlement avait déjà été voté au conseil communal en 2023.

M. le conseiller Miller fait remarquer que peu de communes sont en mesure de supporter comme Bertrange une somme de 950.000 euros. Il existe pourtant des législations correspondantes concernant les appels d'offres publics. Et il existe des procédures auxquelles l'on doit se conformer. Pourrait-on entamer des démarches juridiques contre cet état de choses ?



Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'une telle possibilité serait envisageable. Mais l'on souhaite d'abord chercher le dialogue et permettre ainsi au bureau d'architectes de s'expliquer et de se justifier.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité des voix.

Le conseil communal adopte à l'unanimité le crédit spécial de 550.000 euros.

E. Devis relatif à la remise en état de la voirie rurale pendant l'exercice 2024 : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs déclare que ce point de l'ordre du jour concerne la remise en état de la voirie rurale pendant l'exercice 2024. Un devis de l'ASTA a été soumis à ce sujet. Le Houkiermert se monte à 25.000 euros et le Zéiwel-terwues et le Luerenzscheierhaff à 244.000 euros.

Ce point est adopté à l'unanimité.

04. Urbanisme

A. Modification ponctuelle de la partie graphique du PAG « Villa Schwall » : mise en procédure

M. l'échevin De Smet indique qu'il s'agit ici du lancement de la procédure de modification ponctuelle de la partie graphique du PAG « Villa Schwall ». Dans le cadre du dialogue compétitif, il a été décidé que le restaurant existant allait devoir céder la place à la nouvelle structure. Étant donné toutefois que l'on voulait conserver un restaurant dans ce quartier, il a été décidé de réaffecter la « Villa Schwall » à cet effet. Pour que cela se fasse dans les règles de l'art, il est nécessaire de la reclasser de la zone BEP-1 en zone Mix-v. Cela permettrait d'obtenir une mixité d'usage équitable, de sorte qu'en sus d'un restaurant, d'autres services pourraient s'y installer au profit des habitants du quartier « A Schwalls ». Parallèlement et à des fins de cohérence, il sera procédé à la modification du PAP « quartier existant ». Afin de pouvoir respecter les distances prescrites par le PAG sans compromettre pour autant la possibilité d'extension, la délimitation sera elle aussi adaptée, à savoir à 15 mètres de la façade à l'ouest et au sud, à 21 mètres au nord jusqu'à la zone HAB-1 et à 15 mètres à l'est jusqu'à la zone BEP-2. Cela permettra une certaine flexibilité, tout en sachant qu'il n'y aura pas beaucoup de changements, étant donné que le bâtiment tombe sous le patrimoine communal protégé. Par ailleurs, la Commune a déposé en octobre 2023 une demande de dispense de l'EES (évaluation environnementale stratégique). L'avis du ministère de l'Environnement a été reçu le 15 décembre 2023. L'on y confirme le fait qu'il n'existe pas de danger majeur pour l'environnement. Il est d'ailleurs prévu, tel que prescrit par la loi, de tenir une réunion d'information pour les citoyens à la mairie le 19 février 2024 à 18h30.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

B. Modification ponctuelle de la partie écrite du PAG concernant la zone spéciale « Bourmicht » : approbation

M. l'échevin De Smet explique qu'il s'agit ici de la modification ponctuelle de la partie écrite du PAG concernant la zone spéciale « Bourmicht ». Cette procédure a été lancée à l'unanimité en date du 6 octobre 2023. Elle permettrait l'installation d'établissements publics tels que restaurants, crèches, hôtels et activités de loisirs. L'avis de la commission d'aménagement à ce sujet a été reçu le 25 janvier 2024. Elle oppose qu'il y a lieu de définir avec précision l'affectation de chaque parcelle. L'on entend toutefois ne pas tenir compte de cette réclamation, étant donné que chaque parcelle se prête aux aménagements mentionnés. Du 14 octobre au 13 novembre 2023, les citoyens ont eu l'occasion de consulter le dossier. La réunion d'information obligatoire a elle aussi eu lieu le 24 octobre 2023. Par

ailleurs, une publication a été faite dans les journaux, et aucune réclamation n'a été reçue dans le cadre prescrit.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité des voix.

C. Modification ponctuelle du PAP « Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen » : approbation

M. l'échevin De Smet indique que les points C et D sont à traiter ensemble, les explications afférentes étant les mêmes. Ils seront toutefois votés séparément. Il s'agit des 2 PAP du zonage à Bourmicht, d'une part de l'« Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen », et d'autre part de la « Zone d'activité intercommunale Bourmicht ». L'on avait envisagé la procédure simplifiée, mais suite aux objections du ministère, la procédure a été soumise à la cellule d'évaluation et, partant, à la procédure normale. Les modifications concernant la clé de répartition des places de stationnement ont été effectuées de manière à ce qu'elles se réfèrent au PAG en vigueur et non au PAP. Il a donc fallu adapter les deux textes, alors qu'il y avait une incohérence entre le PAG et le PAP. Celle-ci se trouve désormais corrigée. Le 15 novembre 2023, la cellule d'évaluation a transmis son avis, indiquant que le PAP était conforme au PAG, alors que tous les points soulevés par la cellule d'évaluation ont été pris en considération. De plus, l'ancien texte n'autorisait que la seule installation d'équipements de ventilation, de climatisation, d'un ascenseur ou d'autres locaux techniques sur les toits plats. Il est désormais possible dans le cas d'un toit plat d'aménager un étage supérieur en retrait, dont la surface ne doit pas dépasser 50% de l'étage complet sous-jacent. De plus, le conseil échevinal ne pourra plus décider dorénavant de la couleur de la façade. Afin d'assurer une transition harmonieuse entre les espaces publics et privés, l'on a procédé à une adaptation des dispositions en matière de clôtures.

Ce point est adopté à l'unanimité.

D. Modification ponctuelle du PAP « Zone d'activité intercommunale Bourmicht » : approbation

Ce point est adopté à l'unanimité.

05. Contrats et actes notariés

A. Acte notarié de cession gratuite Renato Properties S.A. : approbation

Le conseil communal approuve à l'unanimité un acte notarié portant sur une parcelle de 2,99 ares, sise dans la « route de Longwy » et cédée à titre gracieux par la société Renato Properties S.A. à la Commune de Bertrange.

B. Convention TTL Open A.s.b.l. : approbation

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que ce point concerne la convention avec TTL Open A.s.b.l.. Il s'agit entretemps de la 10ème édition. Chaque année, cette manifestation a remporté un grand succès et a été fortement appréciée. La pandémie et les travaux de rénovation du hall sportif du Centre Atert sont à l'origine de l'écart constaté entre les éditions 9 et 10. On se réjouit que cette manifestation ait à nouveau lieu le 8 février 2024 au Centre Atert. En outre, la Commune s'est vu remettre 26 billets d'entrée qui seront tirés au sort parmi les citoyens de Bertrange. À l'instar des années précédentes, ce sont les associations « indoor » locales qui se chargeront de la buvette. Il s'agit là d'un soutien financier bienvenu. Chaque année, c'était la TTL Open A.s.b.l. qui a pris en charge les frais de location. Comme il s'agit cette année de l'édition anniversaire, la Commune a décidé d'y apporter un soutien financier.



M. le conseiller Miller fait remarquer que la manifestation TTL Open n'est pas une inconnue à Bertrange. Il comprend parfaitement que l'on s'accorde sur un soutien financier après dix ans. Il considère toutefois que 50.000 euros est une somme considérable et voudrait connaître les critères à la base de ce calcul ? Pour le soutien d'autres associations, les montants sont bien plus raisonnables, à savoir 5.000 euros, voire moins.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond être parvenue à cette somme en considération du fait que l'association a pris en charge année pour année les frais de location de la salle et que l'on souhaite se revancher dans une mesure plus ou moins à la hauteur des montants déjà investis dans la commune.

Mme la conseillère Schares souhaite savoir si la Commune a apporté chaque année un soutien financier à cette manifestation. Mme la bourgmestre Smit-Thijs a déjà répondu à cette question. S'agit-il de la dernière édition de cette manifestation ou sera-t-elle reconduite dans les années à venir ? Et y aura-t-il encore d'autres dépenses à charge de la Commune ? Toujours est-il que les associations « indoor » perçoivent également une indemnité.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'elle pourrait s'imaginer qu'il s'agisse de la dernière édition de ce tournoi. La Commune n'a pas d'autres frais dans ce contexte. La TTL Open A.s.b.l. assume la totalité du financement.

M. le conseiller Rauchs rétorque que non seulement le montant en question est très élevé, mais que cet événement implique également des restrictions, que ce soit pour les citoyens en termes de parking ou pour les associations qui se voient privées du hall sportif pendant une semaine.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs précise qu'il s'agit ici d'une aide unique.

Mme la conseillère Schuster fait remarquer que cette somme est en effet importante. Pour les habitants et les associations, le tournoi implique quelques contraintes. Elle salue les explications données concernant les recettes et le soutien financier. Elle se réjouit néanmoins que certaines associations locales, qui apportent leur aide au tournoi, se verront gratifiées d'une contrepartie financière.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

06. Règlements

A. Abrogation de la taxe relative à la vente de t-shirts et de foulards du Club « Am Schloss »

Mme la bourgmestre Smit-Thijs fait remarquer que ce règlement était impératif il y a des années pour le Club « Am Schloss » en raison de la vente de t-shirts et de foulards. Au début, cette vente s'est avérée être un grand succès, mais entre-temps, on ne vend plus rien, ce qui rend ce règlement superflu.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Fixation du règlement-tarif pour le service du repas sur roues

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique que le prix du service du repas sur roues, exploité dans la commune par l'entreprise Sodexo, sera augmenté de 9,5 euros à 11 euros. Actuellement, 20 citoyens font quotidiennement appel à ce service. Le changement de prix entrera en vigueur le 1er janvier 2025.

Mme la conseillère Schares souhaite savoir s'il s'agit là du prix fixe ou si la Commune y ajoute une subvention.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que le prix est actuellement de 11,23 euros et que la Commune supporte la différence.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Modification du règlement d'organisation du service repas sur roues

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que jusqu'à présent, les repas étaient payés via un système de tickets. Ces tickets étaient distribués par carnets de 25 à la mairie. Afin de faciliter la facturation tant pour les citoyens que pour l'administration, il est prévu d'émettre une facture mensuelle à partir du 1er janvier 2025.

Mme la conseillère Schares aimerait connaître les critères appliqués en la matière. À partir de quand est-on considéré en tant que personne âgée et quels sont les critères d'évaluation de l'invalidité ? Quelle est la réactivité de ce service en cas de demande spontanée ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'il n'y a aucun problème à gérer également les demandes spontanées. Dans ce cas, il suffit souvent d'appeler simplement le service compétent.

Ce point est adopté à l'unanimité.

D. Adaptation du prix de vente du bois de chauffage

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que, dans l'attente d'un prix du bois fixé au niveau national, des recommandations relatives au prix du bois ont été fournies de la part du garde forestier local, qui seront appliquées à partir du 1er janvier 2025. Il est évident que, dès que les prix seront adaptés au niveau national, la Commune s'y alignera.

M. le conseiller Miller fait remarquer que certains citoyens achètent également du bois en plus grandes quantités, ce qui donne lieu à un certain soupçon de revente. Ne faudrait-il pas aussi réduire le plafond des commandes ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'un tel plafonnement s'est déjà fait. Depuis cette année, seules des commandes de 2 stères de bois maximum par ménage auprès de la Commune sont admises.

Ce point est adopté à l'unanimité.

E. Modification du règlement des tarifs d'inscription des cours pour adultes

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que l'on passera dorénavant d'une inscription par trimestre à une inscription par semestre. Cette modification simplifiera l'organisation interne, sans entraîner un quelconque changement de prix. Le tarif réduit de dix euros appliqué aux citoyens défavorisés est maintenu. L'année dernière, 40 personnes environ ont bénéficié de cette offre. Ce règlement entrera en vigueur le 1er septembre 2024.

M. le conseiller Weirich déclare constater sans aucun doute une amélioration sur le plan organisationnel et être également favorable à la contribution sociale. Il se demande toutefois, pourquoi les cours ne sont pas dispensés pendant tout un trimestre/semestre, mais seulement pendant un certain nombre de semaines ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que l'établissement des factures pour la recette communale s'en trouve simplifié et que c'est également plus facile pour le



citoyen si le tarif reste inchangé. Par ailleurs, ce système permet le rattrapage de cours annulés.

Mme la conseillère Schares se demande pourquoi il y a toujours eu deux brochures pour ces cours jusqu'à présent ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que l'une des brochures regroupe les cours pour lesquels le ministère délivre une attestation et pour lesquels les enseignants doivent être diplômés. Les cours figurant dans l'autre brochure sont purement récréatifs. Ces cours devraient également être réunis en une seule brochure à partir de septembre 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

F. Adaptation du règlement-tarif du service d'enlèvement des ordures

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit ici de l'adaptation des tarifs de la gestion des déchets. La Commune est tenue de facturer sous l'aspect de la couverture des coûts. Les tarifs doivent donc être régulièrement adaptés. On procède selon le principe du pollueur-payeur. Ensemble avec d'autres communes, la Commune est membre du Syndicat Intercommunal pour l'Hygiène Publique SICA. Celui-ci a fait une proposition quant à la manière d'augmenter les prix dans les communes. Outre les frais du syndicat, chaque commune doit supporter toute une série d'autres dépenses, telles qu'entre autres les frais du personnel qui s'occupe pour la commune de Bertrange du centre de recyclage local. Il faut pouvoir justifier, pour la somme dépensée, le fait qu'on la répercute sur les citoyens. On veut encourager les citoyens à trier leurs déchets. Des analyses ont révélé que dans les déchets résiduels, c'est-à-dire dans la poubelle grise, il reste 30% de déchets susceptibles de pouvoir être triés et donc recyclés. Ainsi, l'on y trouve toujours du papier, alors que celui-ci pourrait être jeté sans problème dans la poubelle bleue, pour laquelle le calcul ne se fait pas au poids mais au nombre de vidages. Il existe aussi la possibilité de déposer le papier au centre de recyclage communal. Dans le cas de la poubelle verte, la facturation se fait au kilo. Ici, le SICA propose de facturer 15 centimes par kilo, mais Bertrange souhaite rester à 10 centimes par kilo, de sorte que ce tarif ne subira pas d'augmentation. En outre, le SICA a proposé d'augmenter les frais de base à 204 euros, alors que la Commune ne veut les augmenter qu'à 180 euros, c'est-à-dire de 12 euros à 15 euros par mois, de sorte qu'elle reste nettement en dessous de la proposition du SICA. En revanche, le prix au kilo de la poubelle grise devrait être porté à 40 centimes d'euros, afin d'inciter les citoyens à trier leurs déchets. En ce qui concerne le prix par vidage des différentes poubelles, l'on s'en tiendra à la proposition du SICA. Elle souhaite également souligner qu'il est obligatoire d'installer dans les immeubles collectifs un point de collecte pour les objets à déposer dans la Superdreckskscht. Malheureusement, ce n'est pas le cas partout. Ce règlement entrera en vigueur le 1er juillet 2024.

M. le conseiller Miller fait remarquer qu'il est logique de travailler dans l'optique de la couverture des coûts. La réduction du prix au kilo de la poubelle verte a déjà incité les habitants à mieux trier leurs déchets. L'on devrait continuer à encourager les citoyens à procéder à un tel tri. Dans les grands immeubles, ce tri s'avère plus compliqué, étant donné que ceux-ci ne disposent pas toujours des facilités afférentes et que l'on n'y trouve qu'une poubelle grise. Au niveau national, une loi avait déjà été votée en 2012 aux fins d'adapter également le tri des déchets dans les immeubles collectifs. Mais rien n'a été fait depuis. Il craint toutefois que l'augmentation envisagée ne déclenche le tourisme des déchets. Ne serait-il pas possible d'introduire cette augmentation par phases ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique que la commune voisine de Strassen a des tarifs encore plus élevés que ceux de Bertrange.

M. l'échevin De Smet ajoute qu'on en était conscient, mais que cela ne doit pas constituer d'entrave. Si ce règlement devait conduire à des décharges sauvages, les personnes concernées doivent être conscientes qu'elles commettent un délit pour lequel elles devront rendre des comptes. Dans ce cas, il ne s'agit plus d'une peccadille, mais d'un délit. Une approche progressive ne permet pas d'obtenir de meilleurs résultats.

M. le conseiller Arend explique qu'il s'agit là d'une incitation à la réflexion et d'une nouvelle sensibilisation des citoyens au tri des déchets. Loin de vouloir harceler les citoyens, l'on entend travailler de manière à couvrir les frais. Cela ouvre aussi la possibilité d'un changement positif.

Mme la conseillère Schuster fait remarquer que la gérance des bâtiments est sollicitée dans ce contexte. La Commune devrait également contribuer à sensibiliser les citoyens. Ne pourrait-on pas faire une publication à intervalles réguliers sur le tri des déchets, que ce soit dans le bulletin communal ou en ligne. La compréhension de la part des citoyens du message, selon lequel moins de déchets signifie moins de coûts, ne peut que favoriser le tri des déchets.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs est d'accord pour dire qu'il faut inciter les citoyens à trouver des solutions. Les commissions Pacte Climat et Pacte Nature sont également sollicitées dans ce sens.

Mme la conseillère Schares fait remarquer qu'une augmentation à 40 centimes par kilo pour les déchets résiduels est élevée. Le SICA propose en fait 22 centimes. Il faudra garder l'évolution à l'œil. Il est toutefois possible que ces prix incitent les citoyens à réfléchir. Une communication solide devrait être mise en place, notamment pour rappeler aux citoyens les règles du tri des déchets, peut-être aussi lors d'événements tels que le Zero Waste.

M. le conseiller Rauchs indique que tout le monde s'accorde à dire que les citoyens ont besoin d'être quelque peu orientés en ce sens. Certaines augmentations de prix proposées par le SICA vont jusqu'à 60%. C'est considérable, même si l'on travaille de manière à couvrir les coûts. Il est évident que cette augmentation reflète également les frais de personnel du syndicat ainsi que d'autres frais, de même que les investissements réalisés. Par ailleurs, il souhaite rappeler que si certains éléments de la poubelle sont endommagés, ceux-ci se laissent facilement remplacer sans avoir à changer toute la poubelle.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que les communes membres du syndicat doivent évidemment en supporter les investissements, vu qu'elles en sont également les bénéficiaires.

M. l'échevin De Smet explique que le SICA réalise des investissements ciblés qui profitent aux citoyens. Il existe actuellement un projet pour l'aménagement d'un nouveau centre de ressources incitant d'autres communes à adhérer également à ce syndicat. Il a été réalisé beaucoup de travail durant ces dernières années, ce qui justifie l'augmentation des prix. La Commune s'est abstenue d'appliquer toutes les augmentations de prix du SICA.

Ce point est adopté à l'unanimité.

G. Abrogation du règlement-taxes de chancellerie

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il y a lieu de supprimer les taxes de chancellerie, de nombreux documents étant déjà disponibles gratuitement sur myguichet.

M. le conseiller Weirich demande s'il ne serait pas possible d'effectuer diverses démarches en ligne.

M. l'échevin De Smet indique qu'il existe dès à présent la possibilité d'obtenir différents documents en ligne via myguichet.

M. le conseiller Miller aimerait savoir à partir de quand cela entrera en vigueur.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que la décision sera communiquée au ministère de l'Intérieur. Dès l'obtention de l'accord, il sera affiché pendant 3 jours, puis l'abrogation du règlement sera effective.

Ce point est adopté à l'unanimité.

H. Modification du règlement fixant les indemnités revenant aux accompagnateurs et aux titulaires de classe dans le cadre des séjours scolaires

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que jusqu'à présent, les accompagnateurs percevaient 62 euros d'indemnité par jour dans le cadre des séjours scolaires. Cette partie du règlement sera supprimée prochainement, et il sera créé des postes fixes, régis par la loi.

Mme la conseillère Schares demande si l'indemnisation des titulaires de classe sera maintenue ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'il est uniquement question des accompagnateurs et que les autres conditions resteront inchangées.

Ce point est adopté à l'unanimité.

I. Abrogation de l'indemnité revenant au personnel d'encadrement des après-midi récréatifs

Mme la bourgmestre Smit-Thijs déclare, que ce règlement n'est plus d'application, alors que cette fonction a été reprise par les éducateurs du SEA.

Ce point est adopté à l'unanimité.

J. Modification du règlement-tarif relatif aux frais de participation des parents aux séjours scolaires

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit en l'espèce de la participation des parents aux frais des séjours scolaires. Jusqu'à présent, ceux-ci payaient 15 euros par nuit pour les séjours sur le territoire national et 25 euros pour ceux à l'étranger. Il est prévu d'augmenter ces contributions à 25 euros pour ce qui est du territoire national et à 40 euros pour ce qui est de l'étranger. En dépit de cette augmentation, la Commune contribue encore une somme considérable, étant donné que les prix ont subi une forte augmentation. Pour les familles socialement défavorisées, la participation est de 10 euros, aucun enfant ne devant être exclu. Ce règlement entrera en vigueur le 1er septembre 2024.

Mme la conseillère Schares s'interroge s'il est possible d'identifier chaque enfant socialement défavorisé afin qu'il puisse bénéficier de cette aide ? Ne pourrait-on pas faire une différence entre les colonies d'été et les colonies d'hiver ?

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond qu'une colonie d'hiver est plus coûteuse qu'une colonie d'été. Mais l'on ne désire pas faire de différence. Les familles socialement défavorisées essaient souvent de dissimuler leur situation précaire, de sorte qu'il faut faire preuve de tact. Mais l'on ne parviendra jamais à couvrir ces cas à 100%.

Ce point est adopté à l'unanimité.

K. Modification du règlement-tarif pour la vente des billets d'entrée au cinéma « ArcA »

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'il s'agit ici d'une modification du règlement-tarif pour la vente de billets d'entrée au cinéma de l'« ArcA ». Ces tarifs ont d'ores et déjà été fixés. Ainsi, les détenteurs du « Kulturpass » pourront désormais assister à ces spectacles au prix de 1,5 euro. Cet ajout devra être intégré au règlement existant.

Ce point est adopté à l'unanimité.

L. Modification du règlement communal concernant les taxes et tarifs d'utilisation des salles et installations communales

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique que les associations locales peuvent utiliser gratuitement les locaux communaux. L'on voudrait toutefois éviter que les associations n'ayant pas de lien réel avec la commune puissent profiter de cette faveur. Le critère consiste en l'obtention d'une subvention communale.

M. le conseiller Weirich fait remarquer qu'il avait déjà attiré l'attention sur cette situation. Il se réjouit de cette adaptation.

Mme la conseillère Schares demande si cela s'applique uniquement au Schauwenburg ou également à d'autres bâtiments communaux ?

M. l'échevin De Smet répond qu'il s'agit uniquement des locaux du Schauwenburg.

M. le conseiller Miller voudrait connaître le traitement réservé aux demandes des partis ?

M. l'échevin De Smet explique que ceux-ci peuvent également utiliser les locaux à titre gratuit. Il s'agit avant tout d'éviter une suroccupation des locaux.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. Modification du règlement relatif au festival des jeunes talents BAYOTA

Mme la bourgmestre Smit-Thijs fait remarquer qu'il s'agit ici du règlement relatif au festival des jeunes talents BAYOTA. Celui-ci a été enrichi d'un « Piano Trail ». Par ailleurs, l'on y a ajouté une catégorie d'évaluation, afin de mettre le tout sur un pied d'égalité.

M. le conseiller Weirich explique que l'indication de notes dans le règlement n'a de sens que si le jury peut les utiliser de manière pratique comme critères d'évaluation pour l'attribution des prix. En présence de prestations différentes, cela est difficilement applicable, surtout en l'absence de fixation d'un minimum de points.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs remercie M. le conseiller Weirich pour sa remarque. Le règlement sera adapté en conséquence.

Ce point est adopté à l'unanimité.

07. Affaires judiciaires

A. Autorisation d'ester en justice

Mme la bourgmestre Smit-Thijs explique qu'il s'agit ici d'une personne qui a loué un appartement dans la rue de Leudelange. Le contrat de location avait une durée de 3 ans et a été reconduit une fois. Il est arrivé à échéance en 2022. Un état des



lieux a été réalisé par un bureau d'expertise qui a constaté des dégâts d'un montant de 5.000 euros. La Commune a avancé l'argent pour les réparations. Le conseil échevinal demande maintenant au conseil communal l'autorisation de porter cette affaire en justice aux fins de, premièrement, récupérer cette somme et, deuxièmement, de montrer qu'un tel comportement n'est pas acceptable. Il s'y ajoute que cet appartement n'est pas la propriété de la Commune, mais qu'il a été mis à disposition en tant que logement social par un particulier de la commune. Il s'agit également d'envoyer un message aux futurs locataires afin qu'ils apportent davantage de soins aux logements qu'ils occupent, mais aussi aux personnes qui mettent des logements à la disposition de la Commune, pour leur montrer qu'elle prend les mesures qui s'imposent.

M. le conseiller Weirich souhaite prendre position sur ce point. Pour lui, il est difficile de se faire une idée précise de la situation sur la base des seuls documents disponibles. Il existe certes deux prises de position des avocats des parties opposées, chacun d'eux défendant naturellement l'opinion de son client. Le contrat de location en question stipule qu'un état des lieux sera effectué à l'entrée et à la sortie. Or, aucun état des lieux d'entrée ne figure dans les documents mis à disposition. Il se demande en outre quelle est la situation financière de la personne en question, puisqu'il semble s'agir d'une personne socialement défavorisée. Dans ce contexte, il souhaite également poser une nouvelle fois la question de l'accompagnement de telles personnes. Le service social est-il intervenu ou non ? Ce qui saute aux yeux, c'est que le contrat a été reconduit après 3 ans. N'a-t-on pas fait d'état des lieux à ce moment ? Il est difficile de se faire une idée claire de la situation. On peut toutefois comparer les coûts. La Commune a pris ses responsabilités et a fait remettre l'appartement en état, étant donné qu'elle fait office de garant entre le locataire et le propriétaire. Cette somme s'élèverait à environ 5.000 euros. À cela viendront toutefois s'ajouter les frais d'expertise et les frais d'avocat. L'on pourrait à présent faire une analyse coûts-avantages ou comparer ce cas avec d'autres dépenses de la Commune. À ses yeux, il se pose clairement la question de l'équilibre, surtout dans les cas sociaux. Faut-il toujours sortir la grosse artillerie dans de tels cas ? Il s'agirait prétendument d'une question de principe. Mais le fait que la Commune en fasse un cas le fait connaître au public. L'on assiste ici à un exercice d'équilibre entre l'application de principes et la défense de principes. En sus des principes, il existe aussi des valeurs que l'on pourrait invoquer, et chaque décision que l'on prend est en fait une décision entre principes et valeurs. Il estime personnellement que la valeur sociale l'emporte sur les principes.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que l'appartement a été entièrement rénové avant la première location. C'est la raison pour laquelle aucun état des lieux d'entrée ne figure dans le dossier. Il s'agit par ailleurs du fait qu'un particulier a mis cet appartement à la disposition de la Commune en vue de le relouer. Il est hors de question, selon elle, de payer en première instance les dommages causés et de rénover l'appartement. Le locataire a causé en six ans des dommages pour un montant de 5.000 euros. On ne peut pas rénover complètement chaque appartement à l'expiration du contrat, les locataires devant eux aussi être conscients de leur propre responsabilité. L'analyse coûts-avantages est vite faite ; la commune investira plus d'argent dans ce cas qu'elle n'en retirera. L'on ne peut pas faire preuve de complaisance dans ce cas, ce notamment afin de donner un signal aux locataires et aux bailleurs. Sinon, tout cela pourrait aussi aller dans le sens qu'aucun particulier ne mettrait plus ses logements libres à la disposition de la Commune.

M. l'échevin De Smet ajoute qu'il a lui aussi un autre point de vue sur cette affaire que M. le conseiller Weirich. Les remarques de ce dernier ne sont pas fausses, mais il ne faut pas oublier les propriétaires de ce logement. Les personnes prêtes à mettre leurs logements libres à la disposition des communes pour les relouer à des fins sociales sont toujours rares. Dans de tels cas, l'on ne peut pas se baser sur une analyse coûts-avantages au risque d'envoyer de mauvais signaux. L'on veut rester fidèle à ses principes. Toute personne causant de tels dommages devra en assumer la responsabilité. L'on ne peut placer la composante sociale au-dessus de tout le reste. La Commune est consciente que même devant le tribunal, elle ne

récupérera pas le montant total. Dans la correspondance précédente, l'on avait déjà offert différentes possibilités de remboursement, mais sans succès. Il s'agit aussi de montrer clairement vers l'extérieur qu'en tant que locataire d'un appartement de la Commune, l'on est également tenu de rendre des comptes et ne peut pas tout se permettre. La nouvelle loi sur le logement abordable ouvre elle aussi d'autres possibilités de visite pendant la durée du contrat de location. La commune en fera usage, même si elle ne peut pas tout empêcher.

M. le conseiller Arend ajoute que même si un juge rend un jugement dans ce cas, la Commune ne devrait pas l'exécuter. Il restera toujours la possibilité d'établir un plan financier et de tenir compte de la composante sociale.

M. le conseiller Miller déclare être du même avis. Il est extrêmement difficile de trouver des logements, les propriétaires craignant de devoir payer la casse. Il faut créer un exemple, tant pour les futurs locataires que pour les bailleurs.

Mme la conseillère Schuster explique qu'il n'est pas nécessaire d'exécuter un jugement, comme l'a déjà mentionné M. le conseiller Arend, mais qu'il faut poser un exemple pour éviter que les propriétaires privés ne veuillent plus louer leur logement à la Commune. Elle pense qu'en tant que locataire, il faut l'entretenir soigneusement, surtout si l'on se voit affecté un logement à loyer réduit. Elle propose que la Commune prévoie des états des lieux provisoires et une visite annuelle de l'appartement afin d'éviter le pire.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs tient à rappeler que la personne en question occupait cet appartement à un loyer réduit. Il faut partir du principe que cette personne peut également assumer ses responsabilités. Il n'appartient pas non plus à la Commune d'inculquer aux locataires les us et coutumes courants. À l'avenir, des visites régulières des logements seront effectuées. Cela n'empêchera pas forcément les dégâts, mais permettra de réagir plus rapidement.

M. le conseiller Rauchs souhaite évoquer une nouvelle fois le caractère préventif. Il est important d'effectuer davantage de visites. Cela permettrait de détecter à temps d'éventuels dégâts et de ne pas attendre le départ des locataires, des années plus tard, pour s'en rendre compte.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que cela se fera, vu la nécessité d'agir de la sorte. Cette mesure ne permettra toutefois pas d'empêcher les dégâts.

M. le conseiller Weirich déclare apprécier ces explications et les informations supplémentaires. Il faut éviter de rejeter simplement les arguments présentés. Il est confiant du fait que la discussion a montré qu'il est important, surtout dans de tels cas, de renforcer l'information et la prévention. La multiplication des visites ne permet pas d'éviter les dégâts, mais elle permet d'y pallier plus rapidement. Il souhaite justifier son vote au préalable. Après mûre réflexion, il avait décidé de voter contre. Compte tenu de la discussion qui vient d'avoir lieu, il souhaite s'abstenir. Le revirement de cette décision est certainement dû aux considérations de M. le conseiller Arend.

Ce point est adopté à raison de 10 voix pour (DP, déi gréng, LSAP) et de 3 abstentions (CSV).

08. Commissions consultatives

A. Modification de la constitution de la commission des bâtisses, de l'urbanisme et de l'aménagement communal

Mme la bourgmestre Smit-Thijs expose que ce point porte sur la modification de la constitution de la commission des bâtisses, de l'urbanisme et de l'aménagement communal. Il a été décidé de nommer un expert. Cette modification fait suite à une demande de la commission concernée.



Mme la conseillère Schares souhaite savoir si un expert était également membre de cette commission sous la dernière législature ?

Ceci est confirmé par Mme la bourgmestre Smit-Thijs.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Commission des bâtisses, de l'urbanisme et de l'aménagement communal : nomination d'un expert

Monsieur Joël Bieber est nommé à l'unanimité au poste d'expert de la commission des bâtisses, de l'urbanisme et de l'aménagement communal.

09. Affaires du personnel

A. Création de postes et fixation des salaires des accompagnateurs scolaires engagés sous contrat de travail à durée déterminée

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique qu'en raison de l'abrogation du règlement précédent, ces dix postes seront créés et pourvus en fonction des besoins. Cela permettra d'engager les personnes nécessaires sous contrat, d'introduire un âge minimum de même qu'un salaire minimum, par ailleurs indexé.

M. le conseiller Rauchs demande si l'on ne risque pas de rencontrer des difficultés si l'on donne à une personne plus d'un contrat à durée déterminée.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs répond que cela est parfaitement légal.

Mme la conseillère Schares aimerait savoir si ces personnes ne sont envisagées que pour les colonies ou également pour des excursions d'une journée.

Mme la bourgmestre Smit-Thijs indique que ces postes englobent les deux charges.

Ce point est adopté à l'unanimité.

10. Circulation

A. Confirmation de règlements de circulation d'urgence

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit en l'espèce d'un règlement de circulation temporaire dans la rue du Pont, qui restera en place du 15 janvier au 26 juillet 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit en l'espèce d'un règlement de circulation temporaire dans la rue Charles Schwall, qui restera en place du 15 janvier au 9 février 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit en l'espèce d'un règlement de circulation temporaire dans la rue de Dippach, qui restera en place du 15 janvier au 15 février 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit en l'espèce d'un règlement de circulation temporaire dans la rue de Dippach, qui restera en place du 1er février au 16 février 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit en l'espèce d'un règlement de circulation temporaire dans la rue de Leudelage, qui restera en place du 1er février au 16 février 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit en l'espèce d'un règlement de circulation temporaire dans la rue de Mamer, qui restera en place du 15 janvier au 9 février 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. le conseiller Demuyser explique qu'il s'agit en l'espèce d'un règlement de circulation temporaire dans la rue des Romains, qui restera en place du 29 janvier au 29 mars 2024.

Ce point est adopté à l'unanimité.

La séance est levée à 12h00.



MINUTES OF THE MEETING OF THE MUNICIPAL COUNCIL

HELD ON 2 FEBRUARY 2024 AT 8:30 A.M.

Present:

DP

Monique SMIT-THIJS (Mayor)
Youri DE SMET (Alderman)
Frank DEMUYSER (Councillor)
Marc LANG (Councillor)
Max AREND (Councillor)

CSV

Nadine SCHARES (Councillor)
Guy WEIRICH (Councillor)
Marc RAUCHS (Councillor)

déi gréng

Roger MILLER (Councillor)

LSAP

Yolande SCHUSTER (Councillor)

Georges FRANCK (Secretary)

Excused: Frank Colabianchi (Alderman/DP, proxy given to Councillor Lang for items 1, 3-8A, 9-10), Francine Moro (Councillor/DP, proxy given to Alderman De Smet for items 1, 3-8A, 9-10), Gabriella Damjanovic (Councillor/déi gréng, proxy given to Councillor Miller for items 1, 3-8A, 9-10)

Agenda

In public session:

01. | Approval of the agenda
02. | Information and correspondence
03. | Projects
 - A. Cost estimate regarding affordable housing in "Cité am Wenkel": Approval
 - B. Cost estimate for the creation of green spaces in the Shared Space: Approval
 - C. Additional cost estimate for the renovation of the "Aalbaach" collector: Approval
 - D. Additional cost estimate for the Bureck neighbourhood and the "Duerfhaus" and vote on a special loan: Approval
 - E. Cost estimate for the repair of rural roads during the 2024 budget: Approval
04. | Town planning
 - A. Selective amendment of the graphical part of the "Villa Schwall" PAG: Initiation of the procedure
 - B. Selective amendment of the written part of the PAG regarding the special zone "Bourmicht": Approval
 - C. Selective amendment of the "Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen" PAP: Approval
 - D. Selective amendment of the "Zone d'activité intercommunale Bourmicht" PAP: Approval
05. | Contracts and notarial deeds
 - A. Notarial deed for the gratuitous transfer by Renato Properties S.A.: Approval
 - B. TTL Open A.s.b.l. convention: Approval
06. | Regulations
 - A. Abolition of fees related to the sale of T-shirts and scarves of "Club Am Schlass"
 - B. Establishment of the cost regulation for the meals on wheels service
 - C. Change to the regulation concerning the organisation of the meals on wheels service
 - D. Adjustment of prices for wood sales
 - E. Change to the regulation concerning enrolment fees for adult courses
 - F. Adjustment of the fee regulation concerning the waste disposal service
 - G. Abolition of the administration fees
 - H. Amendment of the regulation governing the remuneration of chaperones and class teachers on school trips
 - I. Abolition of compensation for chaperones working during games afternoons
 - J. Amendment of the fee regulation concerning parental participation in school trips



- K. Amendment of the fee regulation concerning the sale of tickets for the ArcA cinema
- L. Amendment of the municipal regulation concerning fees and usage charges for municipal premises and facilities
- M. Amendment of the regulation concerning the BAYOTA Festival of Young Talents
- 07. | Legal proceedings
 - A. Leave to go to court
- 08. | Advisory Committees
 - A. Amendment of the composition of the Committee for Building, Town Planning and Urban Development
 - B. Committee for Building, Town Planning and Urban Development: Appointment of an expert
- 09. | Municipal staff
 - A. Creation of positions and determination of salaries for school chaperones on temporary contracts
- 10. | Traffic
 - A. Confirmation of emergency traffic regulations

In public session :

01. Approval of the agenda

Mayor Smit-Thijs welcomes the Councillors to the municipal meeting room and asks whether they approve the agenda.

The Municipal Council unanimously approves the agenda.

02. Information and correspondence

Mayor Smit-Thijs informs the municipal Councillors that:

- The statistics for the inter-municipal swimming pool CNI Les Thermes are available. The swimming pool recorded approximately 331,000 visitors in 2023, corresponding to an average of 933 customers per day. These figures represent a return to pre-pandemic levels. The sauna area is also well-frequented, with 60,000 visitors, corresponding to an average of 169 per day.
- The statistics for the Berti call bus service are available. This service now consists of two buses and also serves the CHL. In 2023, this service was used almost 10,000 times and can be considered a great success.
- Another meeting of the Municipal Council has been scheduled for 26 April 2024 at 8:30 a.m.

The population on the day of the meeting amounts to 8,890.

The cash balance stands at € 19 million.

03. Projects

A. Cost estimate regarding affordable housing in "Cité am Wenkel": Approval

Mayor Smit-Thijs explains that this item concerns the cost estimate regarding affordable housing in Cité am Wenkel. As projects in this context often prove challenging, the municipality is taking an active role and becoming the property developer itself. The project was presented during a working session of the Municipal Council on 16 January 2024. The cost estimate amounts to 2.2 million euros, including VAT at 17%. In addition, a State subsidy has been confirmed.

Councillor Schares is pleased that the municipality is being proactive. She asks whether there are any key dates for when the project will commence.

Alderman De Smet points out that once the cost estimate has been approved, the tendering process for the project would need to be carried out first and the construction phase is expected to last two years. Thus, there is no specific start date yet. However, they do not want to lose any time and intend to start the construction work this year still.

Council Rauchs wishes to emphasise that he likes both the idea and the project. However, he wonders why this project is not going through the Building Committee.

Alderman De Smet points out that the project will indeed be submitted to the Building Committee in due course in order to obtain a building permit. However, they will vote on the cost estimate first.

Councillor Miller asks how the management will be handled. Will they rent out these apartments internally and, if so, based on what criteria?

Mayor Smit-Thijs responds that they will manage this internally with the new Housing Service.

Alderman De Smet adds that they do not have much flexibility here, since they have to respect the criteria set by the State. Furthermore, they have already received a formula for calculating the rent.

Councillor Schuster asks if the existing waiting list of the municipality will also be considered, as there are residents in Bertrange itself with a poor housing situation or financial difficulties.

Mayor Smit-Thijs states that they cannot say for sure at the moment. They do not yet know if they will need to work with RENLA (national register of affordable housing) here and what that would entail.

Alderman De Smet points out that they consulted the existing list for the two apartments located in rue des Platanes. They have contacted those applicants who, based on the household composition, qualify for a two-bedroom apartment. They will now gather and review all the information and make a decision about the future tenant on this basis.

Councillor Schuster adds that it is important to be clear about the typology of the required apartments. This way, they could provide more efficient support.

Mayor Smit-Thijs states that this is already being done.

This item of the agenda is unanimously adopted.

B. Cost estimate for the creation of green spaces in the Shared Space: Approval

Mayor Smit-Thijs explains that the Shared Space should be made greener, but without undermining the concept. They have collaborated with the landscape architect Ernst&Partner to explore the possibilities. The project, along with the cost estimate amounting to 270,000 euros, including VAT, has now been presented.

Councillor Miller points out that his party always advocates for additional greening. However, this project, with a budget of 270,000 euros, is completely disproportionate. Doesn't the municipality have a gardening service that could carry out this project? And couldn't the square "bei den Hühnern" have also been made greener, perhaps with mobile planters?

Mayor Smit-Thijs expresses her disappointment with Councillor Miller's statement. There are some structural limitations, which means additional greening retroactively is not possible everywhere. Moreover, the concept of the Shared Space should not be compromised. Due to its scope, this project is not a task for the municipal gardening service.

Councillor Schares states that she is generally in favour of further greening, but that the corresponding costs are high. Ernst&Partner are the same architects who designed the Shared Space and will now make some adjustments. Could a second cost estimate be sought for projects of this magnitude? She also believes the square 'bei den Hühnern' should be made greener. This area has not been considered in the project.

Mayor Smit-Thijs points out that the opposition's only suggestion seems to be to consider the square "bei den Hühnern". Below this is a parking lot, which limits the possibility. Since this space is also used for events, one must continue to remain flexible in the design. It will certainly be enhanced still. Are there any other constructive suggestions for additional greening?



Councillor Rauchs points out that more areas of the village should be made greener in general, possibly by involving residents as well. This was also a topic of discussion at the last climate pact meeting. Areas in need of further greening can be found in every neighbourhood of Bertrange.

Mayor Smit-Thijs acknowledges that this is certainly true. Her party also supports further greening of the locality. What was discussed in the climate pact meeting will also be pursued. She once again points out that restrictions regarding the shared space and the building conditions were taken into account in the present project.

Councillor Weirich asks if he has understood correctly that it will no longer be possible to park on Place du Jumelage once the project has been completed. He also wants to know what the greening near the church will look like.

Alderman De Smet states that parking between the planters on Place du Jumelage will no longer be possible after the conversion work. The greening in front of the church will be planted directly into the ground.

Councillor Schuster agrees with the previous speakers. A second cost estimate is always helpful, as it allows for a better comparison of the estimated figures. This is difficult in the current situation. The square "bei den Hühnern" should also be taken into account in the concept. Her political group has already addressed the square "bei den Hühnern" in their electoral programme. She is aware that there are restrictions here and that not everything is possible. Furthermore, she believes that the existing green spaces could be enhanced. There might be one or two opportunities here to make the space look nicer.

Mayor Smit-Thijs points out that they will opt for greenery that is suitable for this purpose and remains attractive all year round. They also want to incorporate herbs and flowers.

This item is adopted with 7 votes in favour (DP) and 6 abstentions (CSV, déi gréng, LSAP).

Councillor Schares asks to speak again for clarification. She is in favour of greening in principle, but is abstaining because only one cost estimate has been obtained, meaning a comparison is not possible.

C. Additional cost estimate for the renovation of the "Aalbaach" collector: Approval

Mayor Smit-Thijs explains that this agenda item concerns an additional cost estimate for the renovation of the "Aalbaach" collector. On 6 April 2017, the Municipal Council already approved a cost estimate of 483,000 euros, including VAT, for this purpose. Additional work was carried out to complete the project. Furthermore, there has been a price increase since 2017. In February 2023, the project was presented to the Municipal Council during a working session. The three main axes of the collector have been renovated, and the incurred costs are being split between the municipalities of Bertrange and Strassen on a pro-rata basis. The current, additional cost estimate now amounts to 600,000 euros for work that has already been completed, as the renovation is now finished.

Councillor Schares points out that this is necessary work that must be carried out. She only wonders about the listed item for the camera inspection, whether this is a special item or if it took place as part of the municipal camera inspection of the sewer system.

Mayor Smit-Thijs explains that this had to be done to ensure that the execution was feasible. It has nothing to do with the camera inspection of the municipal sewer network.

Councillor Miller asks how the pro rata cost apportionment is calculated, per capita?

Mayor Smit-Thijs indicates that it has been determined by using the flow rate.

This item of the agenda is unanimously adopted.

D. Additional cost estimate for the Bureck neighbourhood and the "Duerfhaus" and vote on a special loan: Approval

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns an additional cost estimate for the Bureck neighbourhood and the "Duerfhaus". On 4 October 2019, the Municipal Council approved the final cost estimate of 7,183,033.63 euros for the redesign of the said neighbourhood by the architecture firm. At that time, it was already suggested to incorporate more financial reserves, but this was rejected by the architecture firm, as was the suggestion to consult a project manager for this project. On 7 October 2022, the Municipal Council already approved an additional cost estimate of 1.7 million euros. The municipal authorities have regularly enquired about the progress, whether there had been any price increases, whether everything was going according to plan, but they have not heard back. Furthermore, said architecture firm was summoned to a working session of the Municipal Council in October 2023 to answer questions from the Councillors. Now, almost out of the blue, a new cost estimate amounting to 907,942.57 euros, including VAT, has been received. This amount has been rounded up to 950,000 euros to account for all eventualities. She proposes inviting the architecture firm to another working session to justify and explain this price increase. They have now received the mentioned cost estimate, which they must pay since the work has been carried out by the various companies. The execution and handling by the architecture firm leave a lot to be desired, as has also been expressed in discussions. However, this has not changed anything. The College of Aldermen proposes inviting the assigned firm again to the next working session of the Municipal Council in March 2024 to address this matter. There is a great need for clarification. However, they will have no choice but to pay the existing bills. Nevertheless, they do not want to simply accept this situation. They have repeatedly pointed out discrepancies, but these have not been acknowledged. The whole situation is even more disappointing because the architecture firm in question is based in the municipality.

Councillor Schares also expresses her disappointment with the architects' conduct. The ceremonial inauguration took place in May 2023, and the architect appeared before the Municipal Council during a working session in October 2023. Now, four months later, the facility is still not usable. The local clubs and associations have no timeline to follow and are eagerly waiting to occupy the new premises. Now there is another cost estimate that does not correspond to what the architecture firm said during the meeting. During the aforementioned working session, the price increase and the resulting need to submit another cost estimate were indeed discussed. However, the sum mentioned in this context was one-third of the current cost estimate. This threefold increase within such a short period is not justifiable. She understands the general disappointment, but they cannot avoid having to pay the bills.

Mayor Smit-Thijs responds that the building is ready for occupancy as they have found out the day before. They will now inform the affected clubs and associations that they can start moving on 11 February 2024. She wants to emphasise again that the project has by no means been neglected. They have been in constant contact, enquiring about the progress, but the responses have always been reassuring and calming.

Alderman De Smet adds that it is not customary, nor is it the DP's way, to publicly voice criticism during the meeting. However, the architects' conduct leaves a lot to be desired. The budget was prepared in November 2023, and the stated



amount was included in it. However, they had not expected the new amount to come on top, which means it is not actually available.

Councillor Schuster asks what reason was given for this increase in the bill. She expects the architecture firm to provide explanations, as this is not a small sum. If everyone were to work like this, it would be impossible to stick to the budget. Such behaviour also jeopardises the execution of other projects.

Alderman De Smet explains that the invoices have been received. They must therefore vote on the item in the Municipal Council and cannot wait until the next meeting. The businesses are relying on the money.

Councillor Rauchs thanks the College of Aldermen for these explanations. He wonders how the new premises could be used. In this case, they have not yet voted on a regulation to govern its use.

Alderman De Smet responds that it is not intended for use by private individuals, except for civil weddings and partnership ceremonies. This regulation was already approved by the Municipal Council in 2023.

Councillor Miller observes that, unlike Bertrange, not many municipalities could afford a sum of 950,000 euros. However, corresponding legislation exists for public tenders. There are procedures that have to be followed. Could legal action be taken in this case?

Mayor Smit-Thijs states that this could be an option. However, they want to talk to the architecture firm first and give them the opportunity to explain and justify themselves.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

The Municipal Council unanimously approves the special loan of 550,000 euros.

E. Cost estimate for the repair of rural roads during the 2024 budget: Approval

Mayor Smit-Thijs explains that this agenda item concerns the repair of rural roads during the 2024 budget. They have received a cost estimate from ASTA. The costs amount to 25,000 euros for Houkiermert, and 244,000 euros for Zéiwelterwues and Luerenzscheierhaff.

This item is unanimously adopted.

04. Town planning

A. Selective amendment of the graphical part of the "Villa Schwall" PAG: Initiation of the procedure

Alderman De Smet explains that this agenda item concerns the initiation of the procedure for the selective amendment of the graphical part of the "Villa Schwall"

PAG. As part of the competitive dialogue, it was determined that the existing restaurant must make way for the new structure. However, the intention is to still have a restaurant in this area. It has therefore been decided to re-purpose "Villa Schwall". To implement this according to best practices, it is necessary to reclassify it from a BEP-1 zone to a mixed-use (Mix-v) zone. This would enable a fair mix of uses, allowing not only a restaurant but also other services to be accommodated that benefit the residents of the "A Schwalls" district. He says that they will also make changes to the "quartier existant" PAP at the same time to ensure coherence. In order to comply with the prescribed distances of the PAG while also maintaining the possibility for expansion, the boundaries will be adjusted accordingly, i.e. 15 meters from the façade to the west and south, 21 meters to the north up to the HAB-1 zone, and 15 meters to the east up to the BEP-2 zone. This offers a certain amount of flexibility, even knowing that not many changes will be made because the building is under municipal protection. Furthermore, a strategic environmental assessment dispensation was applied for in October 2023. A response from the Ministry of the Environment was received on 15 December 2023. It confirmed that there is no significant negative impact on the environment. As required by law, an information session for citizens will be held at the town hall on 19 February 2024 at 6:30 p.m.

This item of the agenda is unanimously adopted.

B. Selective amendment of the written part of the PAG regarding the special zone "Bourmicht": Approval

Alderman De Smet explains that this concerns the selective amendment of the written part of the PAG concerning the special zone "Bourmicht". On 6 October 2023, the procedure was unanimously initiated. This would allow for public facilities such as restaurants, childcare facilities, hotels and leisure activities. A response from the "commission d'aménagement" was received on 25 January 2024. It objected on the grounds that it must be precisely defined what is possible on each parcel. However, he says they do not intend to accept this objection, as each parcel is suitable for the specified developments. From 14 October to 13 November 2023, citizens were able to request access to the file. In addition, the mandatory information session was held on 24 October 2023. A notice was also published in the newspapers and no objections were received within the prescribed period.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

C. Selective amendment of the "Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen" PAP: Approval

Alderman De Smet explains that items C and D will be addressed together as their explanations are the same. However, they will be voted on separately. These are two PAPs concerning the zoning in Bourmicht, one being the "Atrium Business Park Bourmicht Bertrange Strassen", and the other being the "Zone d'activité intercommunale Bourmicht". The intention was to follow the simplified procedure, but due to objections from the ministry, the process was reverted to the "cellule d'évaluation" and thus the regular procedure applies. Changes to the parking space ratio were made to align with the applicable PAG rather than the PAP. Both texts have been amended due to an inconsistency between the PAG and PAP. This has now been rectified. On 15 November 2023, a response was received from the cellule d'évaluation, stating that the PAP conforms to the PAG. The points raised by the cellule d'évaluation have been incorporated. Furthermore, the old text permitted only the installation of ventilation, air conditioning, lifts or other technical spaces on flat roofs. Now, a recessed upper floor with an area not exceeding 50% of the full floor is permissible in case of a flat roof. Furthermore, it was decided to abolish the provision that the College of Aldermen may choose the façade colour. To ensure a harmonious transition between public and private areas, the provisions concerning enclosures have been adjusted.

This item is unanimously adopted.

D. Selective amendment of the "Zone d'activité intercommunale Bourmicht" PAP: Approval

This item is unanimously adopted.

05. Contracts and notarial deeds

A. Notarial deed for the gratuitous transfer by Renato Properties S.A.: Approval

The Municipal Council unanimously approves a notarial deed. The subject of the deed is a plot of land measuring 2.99 ares, located on route de Longwy, which is being gratuitously transferred from Renato Properties S.A. to the Municipality of Bertrange.

B. TTL Open A.s.b.l. convention: Approval

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns the convention with TTL Open A.s.b.l. It is now in its 10th edition. Every year, it has been a resounding success and an appealing event. Due to the pandemic and the refurbishment works of the sports hall at Centre Atert, there was a gap between the 9th and 10th editions. They are pleased that it will now take place on 8 February 2024 at Centre Atert. In addition, 26 entry tickets have been received, which will be raffled off to residents of Bertrange. As in previous years, local indoor sports clubs will be handling the bar service. This is a welcome source of financial support. TTL Open A.s.b.l. has covered the rental costs every year. Since this year marks the anniversary edition, the aim is to provide financial assistance.

Councillor Miller points out that the TTL Open event in Bertrange is well-known. While he understands the desire to provide financial support after 10 years, he questions how the substantial amount of 50,000 euros was decided on. When other clubs are supported, the amounts are much more modest, typically around 5,000 euros or less.

Mayor Smit-Thijs explains that this sum was decided on because the hall rental costs had been paid every year and they want to give back an amount that roughly corresponds to the investments made in the municipality over the years.

Councillor Schares asks whether the municipality has financially supported this event every year. Mayor Smit-Thijs has already answered this question. Would this edition of the event be the last, or will it be held again in the coming years? She also asks if any other expenses would be incurred by the municipality. For example, the indoor sports clubs were reimbursed for their expenses.

Mayor Smit-Thijs states that this edition of the tournament could potentially be the last one. No further expenses are being incurred by the municipality. Everything is being funded by TTL Open A.s.b.l.

Councillor Rauchs points out that not only is the amount very high, but there are also some restrictions as a result of the event, whether for citizens in terms of parking or for the clubs that are unable to use the sports hall for over a week.

Mayor Smit-Thijs clarifies that this is a one-off support gesture.

Councillor Schuster acknowledges that it is indeed a significant sum. She says that the tournament results in some restrictions for the residents and the clubs. She appreciates the explanations regarding the revenues and financial support. At least some of the local sports clubs assisting with the tournament are set to receive financial compensation.



This item of the agenda is unanimously adopted.

06. Regulations

A. Abolition of fees related to the sale of T-shirts and scarves of "Club Am Schlass"

Mayor Smit-Thijs points out that this regulation was needed years ago by "Club am Schlass", as they were selling T-shirts and scarves. Initially, it was a great success, but now they no longer sell anything, so this regulation is no longer needed.

This item is unanimously adopted.

B. Establishment of the cost regulation for the meals on wheels service

Mayor Smit-Thijs explains that the price for the meals on wheels service, operated by Sodexo in the municipality, is to be increased from 9.5 euros to 11 euros. At present, 20 citizens use the service daily. The price change will take effect on 1 January 2025.

Councillor Schares wants to know if this is the fixed price or if the municipality still provides financial support here.

Mayor Smit-Thijs explains that the current price is 11.23 euros and that the municipality pays the difference.

This item is unanimously adopted.

C. Change to the regulation concerning the organisation of the meals on wheels service

Mayor Smit-Thijs explains that until now, the payment has been made through a ticket system, with tickets obtained in bundles of 25 in the municipality. To simplify the billing for both citizens and the administration, a monthly invoice will be issued starting from 1 January 2025.

Councillor Schares wants to know how the criteria are applied. When does one qualify as an elderly person, and how is disability assessed? How responsive is the service to sudden enquiries?

Mayor Smit-Thijs says that even spontaneous enquiries can be handled without problems. Often, just a call to the appropriate service is sufficient.

This item is unanimously adopted.

D. Adjustment of prices for wood sales

Mayor Smit-Thijs explains that, in anticipation of a national wood price being set, recommendations for wood prices have been received from the local forester, which the municipal authorities intend to start applying from 1 January 2025. Should the national prices change, they will, of course, follow suit.

Councillor Miller points out that some citizens also purchase larger quantities of wood, raising suspicions of reselling. Shouldn't the maximum order limit be reduced as well?

Mayor Smit-Thijs responds that this has already been done. Since this year, each household has only been allowed to order 2 cubic meters of wood from the municipality.

This item is unanimously adopted.

E. Change to the regulation concerning enrolment fees for adult courses

Mayor Smit-Thijs explains that they are transitioning from enrolment per trimester to enrolment per semester to streamline the internal organisation. This will not affect the prices. The discounted rate of 10 euros for underprivileged citizens would be retained; last year, approximately 40 people benefited from this offer. This regulation will come into effect on 1 September 2024.

Councillor Weirich states that this change will undoubtedly represent an organisational improvement and also expresses his support for the social welfare contribution. However, he questions why the courses are not held throughout the entire trimester/semester but only ever during a certain number of weeks.

Mayor Smit-Thijs counters that this simplifies the invoicing process for the municipal treasury and it also makes things easier for citizens if the rate remains the same. Furthermore, this approach provides the opportunity to make up for missed courses.

Councillor Schares asks why there have always been two brochures for these courses in the past.

Mayor Smit-Thijs explains that one brochure combines the courses for which the ministry issues a certificate and the instructors must have a diploma. The courses in the other brochure are purely recreational offerings. These will also be combined into one brochure starting in September 2024.

This item is unanimously adopted.

F. Adjustment of the fee regulation concerning waste disposal services

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns the adjustment of waste management fees. The municipality has to bill enough to cover the costs. The fees therefore need to be regularly adjusted. The "polluter pays" principle is applied. Along with other municipalities, they are members of the waste syndicate SICA. This syndicate has suggested how prices in the municipalities should be increased. For each municipality, a range of other expenses are also incurred in addition to the fees for the waste syndicate. Such as for the staff of the local recycling park in the Municipality of Bertrange. With the amount spent, they must be able to justify passing on these costs to the citizens. The aim is to encourage the citizens to separate their waste. Analyses have revealed that as much as 30% of the contents in residual waste, i.e. the grey bin, could have been separated and recycled. For instance, paper is still found in the grey bin even though it could easily be disposed of in the blue bin, as it is not charged based on weight but on emptying of the bin. Alternatively, paper can also be taken to the municipal recycling centre. For the green bin, charges are calculated per kilogramme. While SICA suggests charging 15 cents per kilogramme, Bertrange intends to maintain the rate at 10 cents per kilogramme, meaning it will not be increased. Furthermore, SICA has proposed raising the fixed charge to 204 euros, but the municipal authorities only intend to increase it to 180 euros, meaning from 12 euros to 15 euros per month, which is significantly below SICA's proposal. However, she states that they do intend to raise the kilogramme price of the grey bin to 40 cents to encourage residents to separate their waste. For the price per emptying of the different bins, they adhere to SICA's recommendation. She also wishes to point out that it is mandatory to set up a collection point for items that belong in the "SuperDrecksKëscht" in apartment buildings. Unfortunately, this is not the case everywhere. This regulation will come into effect on 1 July 2024.



Councillor Miller points out that it goes without saying that they need to cover the costs. They have already provided an incentive to improve waste separation by reducing the price per kilogramme for the green bin. Citizens must continue to be encouraged to separate their waste. This can be more difficult in apartment buildings, as separation options are not always available and only a grey bin is provided. National legislation to change waste separation practices in apartment buildings has been in place since 2012 already. However, nothing further has been done in this regard. He is nevertheless concerned that this increase could lead to waste tourism. Would it not be possible to introduce this increase gradually?

Mayor Smit-Thijs points out that the rates in the neighbouring Municipality of Strassen are even higher than in Bertrange.

Alderman De Smet adds that they are aware of this, but it should not deter them. If this regulation leads to illegal dumping, the persons in question must be aware that they are committing a crime for which they will be held accountable. This will no longer be considered a petty offence but, rather, a criminal one. A progressive approach will not necessarily lead to better results.

Councillor Arend explains that this provides further food for thought and raises more awareness of waste separation among citizens. The aim is not to harass the citizens but to ensure that costs are covered. This also provides an opportunity for positive change.

Councillor Schuster emphasises that the building management has a responsibility. The municipality should also contribute to raising awareness among citizens. Could they not periodically publish information about waste separation, whether in the municipal bulletin or online? If citizens understand that less waste also means lower costs, it could only encourage waste separation.

Mayor Smit-Thijs agrees that they should encourage citizens to find solutions. The Climate and Nature Pact Committees should also be involved here.

Councillor Schares points out that an increase to 40 cents per kilogramme for residual waste is quite high. SICA actually suggests 22 cents here. They need to keep an eye on developments. Perhaps these prices will encourage citizens to be more mindful of this issue. There should be effective communication efforts to further educate citizens on the rules for waste separation, possibly through events like Zero Waste.

Councillor Rauchs states that everyone agrees that citizens need some guidance. Some of the price increases proposed by SICA represent hikes of up to 60%. Even if the aim is to cover costs, it is still a significant amount. This would, of course, also include the syndicate's personnel costs and other expenses, as well as the investments that have been made. Furthermore, he wants to remind the residents that if only parts of the waste bin are damaged, they can be replaced without having to replace the whole bin.

Mayor Smit-Thijs responds that the municipalities involved in the syndicate of course also have to contribute to the investments, since they also benefit from them.

Alderman De Smet explains that targeted investments are being made in the SICA that will benefit the citizens. There is now a project for a new resource centre, which has also made other municipalities interested in joining this syndicate. A lot of work has been done here over the past few years, which justifies the price increase. In Bertrange, not every price increase proposed by SICA has been implemented.

This item is unanimously adopted.

G. Abolition of the administrative fees

Mayor Smit-Thijs explains that administrative fees should be abolished because many documents are already available for free on myguichet.

Councillor Weirich asks if various processes could then be conducted online.

Alderman De Smet states that some documents are already available online through myguichet.

Councillor Miller wants to know when this will come into effect.

Mayor Smit-Thijs replies that the municipal authorities will notify the Ministry of Home Affairs of the decision. Once they receive approval, they will post it for 3 days, and after that, the abolition of the regulation will be legally effective.

This item is unanimously adopted.

H. Amendment of the regulation governing the remuneration of chaperones and class teachers on school trips

Mayor Smit-Thijs explains that until now, chaperones have received an allowance of 62 euros per day for school trips. This part of the regulation is now to be abolished, and fixed positions that are legally regulated will be created instead.

Councillor Schares enquires whether class teachers will continue to be compensated.

Mayor Smit-Thijs says that this only concerns the chaperones and that everything else will remain unchanged.

This item is unanimously adopted.

I. Abolition of compensation for chaperones working during games afternoons

Mayor Smit-Thijs explains that this regulation is no longer applied, because this task is now performed by the educators at the SEA.

This item is unanimously adopted.

J. Amendment of the fee regulation concerning parental participation in school trips

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns the parental contribution to the cost of school trips. In the past, they have paid 15 euros per night for domestic trips and 25 euros for trips abroad. These amounts are to be increased to 25 euros for domestic trips and 40 euros for trips abroad. Despite this increase, the municipality will still contribute a considerable sum because prices have risen drastically. For underprivileged families, the contribution will be set at 10 euros, as no children should be excluded. This regulation will come into effect on 1 September 2024.

Councillor Schares asks whether it is possible to identify each underprivileged child so that they could benefit from this aid. Could they perhaps also distinguish between summer camps and winter camps?

Mayor Smit-Thijs responds that a winter camp is more expensive than a summer camp. However, they do not intend to make a distinction in this regard. Underprivileged families often try to hide their circumstances, so a tactful approach is called for. However, it would not be possible to cover 100% of these cases.



This item is unanimously adopted.

K. Amendment of the fee regulation concerning the sale of tickets for the ArcA cinema

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns a change to the fee regulation concerning the sale of cinema tickets at the ArcA. The rates have been set. However, holders of the Kulturpass can now also attend these screenings for the price of 1.5 euros. This amendment will need to be integrated into the existing regulation.

This item is unanimously adopted.

L. Amendment of the municipal regulation concerning fees and usage charges for municipal premises and facilities

Mayor Smit-Thijs explains that local clubs and associations can use the municipal facilities free of charge. However, they try to prevent associations that do not have a genuine connection to the municipality from benefiting from this arrangement. It should be based on whether they receive a municipal subsidy.

Councillor Weirich points out that he has already drawn attention to this matter. He is pleased with this change.

Councillor Schares asks if this applies only to Schauwenburg Castle or to other municipal buildings as well.

Alderman De Smet responds that it relates solely to the facilities of Schauwenburg Castle.

Councillor Miller wants to know how the requests from the parties will be handled.

Alderman De Smet explains that they can also use the facilities free of charge. The main concern is to prevent overcrowding of the facilities.

This item is unanimously adopted.

M. Amendment of the regulation concerning the BAYOTA Festival of Young Talents

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns the regulation for the BAYOTA Festival of Young Talents. The Piano Trail has been added here. Furthermore, another evaluation category has been added to ensure consistency.

Councillor Weirich points out that the inclusion of scoring in the regulation only makes sense if the jury can easily use it as evaluation criteria for awarding prizes. For different performances, this would be difficult to implement, especially if no minimum points threshold is set.

Mayor Smit-Thijs thanks Councillor Weirich for the input. The regulation will be adjusted accordingly.

This item is unanimously adopted.

07. Legal proceedings

A. Leave to go to court

Mayor Smit-Thijs explains that this concerns an individual who rented an apartment in rue de Leudelage. The tenancy was for three years and subsequently extended. It expired in 2022. An inspection was conducted by a specialist

company, which revealed damage amounting to 5,000 euros. The municipality advanced the funds for the repairs. The College of Aldermen is now requesting approval from the Municipal Council to take legal action, firstly to recover this amount and secondly to demonstrate that such behaviour will not be tolerated. Furthermore, the apartment is not owned by the municipality but has been provided by a private individual to the municipality as social housing. It is therefore about making a statement so that future tenants treat the apartments with greater care, but also to prove to people making apartments available to the municipality that action will be taken in such cases.

Councillor Weirich would like to comment on this matter. For him, it is difficult to form a clear picture of the situation based solely on the documents provided. While there are two statements from the legal representatives of the opposing parties, each one represents the opinion of their client, of course. In the existing tenancy agreement, it is stated that an inspection is conducted at the time of moving in and moving out. However, the documents provided do not include an inspection report from when the tenant moved in. Furthermore, he wonders about the financial circumstances of the individual in question, considering that the latter appears to be underprivileged. He also wants to reiterate the question regarding the support provided to such individuals. Was the social welfare office involved in this case or not? Another point to consider is that the tenancy was extended after three years. Was no inspection carried out at that time? It is difficult to get a clear picture here. However, it is possible to compare the expenses. The municipality fulfilled its responsibility and had the apartment repaired, since it also acts as a guarantor between the tenant and the property owner. The amount in question is approximately 5,000 euros. In addition, there are also the costs for expert opinions and legal fees. They can now either conduct a cost-benefit analysis or compare this case with other expenses of the municipality. For him, it is clearly about finding a balance, especially in social welfare cases. It is necessary to always go to these lengths in such cases? It is supposedly a matter of principle. However, by making an issue of it, the municipality will also be bringing it into the public eye. It is a tightrope between upholding principles and being overly dogmatic about them. He says that, alongside principles, they also have values they can cite, so every decision they make essentially involves weighing up principles against values. For him personally, the social welfare aspect is more important than principles.

Mayor Smit-Thijs responds that the apartment was completely renovated before being let for the first time. This is why no record of an inspection during the move-in can be found. It is also about the fact that a private individual had provided this apartment to the municipality for the purpose of re-letting it. There is no question that, initially, they will cover the resulting damage and renovate the apartment. The tenant caused damage amounting to 5,000 euros over a period of six years. It is not possible to fully renovate every apartment after the tenancy expires; tenants need to also be aware of their own responsibilities. A quick cost-benefit analysis shows that the municipality will invest more money than it will recoup in this case. There is no room for leniency here, as an example needs to be set for both tenants and landlords. Otherwise, it could lead to a situation whereby private individuals are no longer willing to offer their vacant properties to the municipality.

Alderman De Smet adds that he also has a different view of this than Councillor Weirich. His comments are not wrong, but consideration should also be given to the owners of this apartment. There are still not enough people offering their vacant properties to municipalities for social housing purposes. Relying solely on a cost-benefit analysis in such cases would send out the wrong signals. He says that they want to stay true to their principles. If someone causes damage like this, they must be held accountable. The social welfare aspect cannot be prioritised over everything else. He says they are aware that the full amount might not be recovered in court either. In previous correspondence, they had already offered various options for repaying the amount, but without success. They should also send out

a clear message that even as a tenant of a property of the municipality, one will be held accountable and cannot get away with everything. With the new affordable housing law, other options for inspections during the tenancy are also available. He says they will make use of this, even though they cannot prevent everything.

Councillor Arend adds that even if a judge were to make a ruling in this case, the municipality would not necessarily have to enforce it. He says they could still create a financial plan and consider the social welfare aspect.

Councillor Miller states that he shares a similar view. It is very difficult to find housing, as owners fear having to foot the bill for any damage. It is important to send out a message here, both to future tenants and landlords.

Councillor Schuster says that, as mentioned by Councillor Arend already, there is no obligation to enforce a judgement. However, she believes it is important to send out a message, so that private owners do not become reluctant to rent out their properties to the municipality. She believes that tenants should act responsibly, especially when they are paying less rent than normal for a property. She suggests that the municipality should implement provisional inspection records and conduct annual inspections of the property to prevent further damage.

Mayor Smit-Thijs emphasises again that the individual in question has been paying reduced rent for living in this property. They should be able to expect tenants to take responsibility for their actions. It is not up to the municipality to educate tenants on what is common practice. Regular property inspections will be conducted in future. While this may not necessarily prevent damage, it will make it possible to respond more quickly.

Councillor Rauchs would like to emphasise the preventive aspect again. It is important to conduct more inspections. This way, any damage can be identified early on and not just noticed years later when the tenants move out.

Mayor Smit-Thijs responds that these inspections are carried out because they are necessary. However, even with these measures, it is not always possible to prevent damage.

Councillor Weirich expresses his thanks for the explanations and additional information, noting that the arguments presented cannot be easily dismissed. He finds it encouraging that the discussions have shown how important it is to provide more information and take preventive measures, especially in cases like these. While more inspections may not prevent damage, they would enable action to be taken more quickly. He wants to justify his vote beforehand. After careful consideration, he had intended to vote against. However, based on what has just been discussed, he wishes to abstain. The change of mind was undoubtedly influenced by what was said by Councillor Arend.

This item on the agenda is adopted with 10 votes in favour (DP, déi gréng, LSAP) and 3 abstentions (CSV).

08. Advisory Committees

A. Amendment of the composition of the Building, Urban Planning and Municipal Design Commission

Mayor Smit-Thijs explains that this item concerns the amendment of the composition of the Building, Urban Planning and Municipal Design Commission. An expert is to be appointed. This change is based on a request from the commission in question.

Councillor Schares would like to know if an expert was also a member of this commission during the last legislative period.

This is confirmed by Mayor Smit-Thijs.

This item is unanimously approved.

B. Committee for Building, Town Planning and Urban Development: Appointment of an expert

Mr Joël Biever is unanimously appointed as the expert for the Building, Urban Planning and Municipal Design Commission.

09. Municipal staff

A. Creation of positions and determination of salaries for school chaperones on temporary contracts

Mayor Smit-Thijs explains that due to the abolishment of the previous regulation, these 10 positions are now being created and will be filled as needed. This would make it possible to hire the required personnel under a contract and to introduce a minimum age requirement as well as a minimum index-linked salary.

Councillor Rauchs asks whether they might encounter any difficulties if one person is given more than one temporary contract.

Mayor Smit-Thijs responds that this is legally permissible.

Councillor Schares enquires whether these individuals are intended only for holiday camps or also for day trips.

Mayor Smit-Thijs states that these positions are for both.

This item is unanimously adopted.

10. Traffic

A. Confirmation of emergency traffic regulations

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue du Pont, effective from 15 January to 26 July 2024.

This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue Charles Schwall, effective from 15 January to 9 February 2024.

This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de Dippach, effective from 15 January to 15 February 2024.

This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de Dippach, effective from 1 February to 16 February 2024.

This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de Leudelage, effective from 1 February to 16 February 2024.

This item is unanimously adopted.



Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de Mamer, effective from 15 January to 9 February 2024.

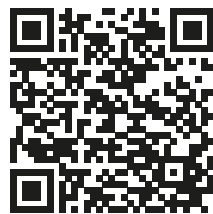
This item is unanimously adopted.

Councillor Demuyser explains that this concerns a temporary traffic regulation in rue de Romains, effective from 29 January to 29 March 2024.

This item is unanimously adopted.

End of the meeting: 12:00 noon

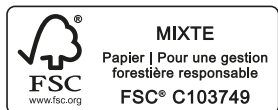




Commune de **BERTRANGE**

2, beim Schlass · L-8058 Bertrange
Tél.: 26 312 - 1 · info@bertrange.lu

www.bertrange.lu



Imprimé par Imprimerie Centrale